

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gemein Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1530  
Circula Nr. 22.

Nr. 81.

Mittwoch, 5. April 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 15.— Mark ohne Frangierlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 3.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 1 M. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bei dem Fortschreiten des Wachstums wird Veranlassung genommen, vor der Beschädigung von Bäumen und Sträuchern aller Art durch Abbrechen von Zweigen und Ästen sowie vor dem unbedungenen Betreten von Feld- und Wiesenflächen zu warnen. An alle Personenkreise wird die Bitte gerichtet, etwaigen Ausschreitungen entgegenzutreten, insbesondere auch den Polizeibeamten und Fluraufsichtern die wünschenswerte Unterstützung auf Anfordern zu gewähren. Zu beachten ist, daß jede Beschädigung von Bäumen und Sträuchern, soweit nicht schwächere Strafbestimmungen Platz greifen, nach §§ 7, 15, 18 des Forst- und Feldstrafgesetzbuches mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft wird und daß sich nach § 388 Abs. 9 des Reichsstrafgesetzbuches derjenige strafbar macht, der unbefugt Gärten und Weinberge oder vor beendeter Ernte Wiesen und bestellte Wecker betritt, gleichviel ob sie mit Einfriedigung versehen sind und ob ihr Betreten durch Warnungstafeln ausdrücklich untersagt ist oder nicht.

Unter diese Strafandrohung fällt vor allem auch die Entwendung von Weidenfähnen aus dem Walde, vom Felde oder aus Gärten. Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der Weidenfähnen für die Viehzucht und Volksernährung wird auf Grund einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 22. Februar 1922 (abgedruckt in Nr. 50 der Sächsl. Staatszeitung vom 28. Februar 1922) auch schon das gewerbsmäßige Freiliegen, Verleihen, Verkaufen, sowie das sonstige Veräußern von Weidenfähnen oder Köchen tragenden Zweigen der Weide, soweit es sich nicht um in Handelsgärtnereien zum Schnitt angepflanzte und geerntete Weiden handelt, verboten und mit Geldstrafe oder mit Haft bedroht. Diese Strafe trifft auch denjenigen, der einen erlaubten Erwerb der Weidenfähnen nicht nachweisen kann.

Großenhain, am 1. April 1922.

Amtshauptmannschaft.

Die diesjährige **Caubführung der Bullen** wird in der Zeit von Anfang Mai bis Ende Juli vorgenommen. Die Anmeldung der neuanzuführenden Bullen, der bereits vorgeführten und der innerhalb des Gutsbezirks gehaltenen Bullen der gleichen Art ist bis zum 15. April 1922 bei dem Gemeindevorstand zu bewirken. Die Gemeindebehörden haben die Anzeige längstens bis zum 22. April 1922 hierüber einzureichen. Aus ihr muß der genaue Name und die Ortslisten-Nr. des Bullenhalters hervorgehen. Verpätete Anmeldungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Die zur Föhrung vorzuführenden Bullen müssen mit Rasenring versehen sein. Alle Bullen, welche beim Rörtermine keinen vorschrittsmäßigen Rasenring tragen, werden zurückgewiesen.

Die Rörtermine werden den Gemeindebehörden durch den Bezirksleiter unmittelbar mitgeteilt werden, ebenso ergeben von letzterem die weiteren Anordnungen wegen Übernahme der in den einzelnen Gemeinden beabsichtigten Sammlerführungen. 447 E. L. Großenhain, am 3. April 1922. Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 24 des Genossenschaftsregisters, die **Rohstoff- und Lieferungs-genossenschaft für das Schneidergewerbe zu Riesa e. G. m. b. H.** in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: die Genossenschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: der Schneidermeister Otto Hebert und Arthur Jähmig, beide in Riesa. Amtsgericht Riesa, den 1. April 1922.

Freitag, den 7. April 1922, vorm. 10 Uhr soll **1 braunes Wuffel, 1 Zohba mit rotbraunem Besage, 1 braunes Vertigo und 1 brauner Rudienschiff** öffentlich versteigert werden. Sammelort der Vieher: Galkhof „Reichshof“, Reithain. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

## Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 5. April 1922.

Der 1. Mai und 9. November gesetzliche Feiertage in Sachsen. Der Landtag nahm heute nach erregter Aussprache den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Anerkennung neuer Feiertage in dritter Lesung mit 49 Stimmen der drei Linksparteien gegen 45 bürgerliche Stimmen an. Danach gelten von jetzt ab der 1. Mai und 9. November in Sachsen als gesetzliche Feiertage.

Abgelehnter Schiedsspruch. Die Landesarbeitskommission der sächsischen Gemeinde-Arbeiter hat den am 3. d. M. von der Bezirkschiedsstelle Dresden gefällten Schiedsspruch einstimmig abgelehnt, da er die Arbeiterkraft keinesfalls befriedigen könne. Die Angelegenheit ist zur weiteren Entscheidung dem Zentralausschuß in Berlin übergeben worden.

Wohnungsbau. Am Kommaghauer Weg ist man bereit mit dem Bau einer Gruppe von fünf Häusern mit 30 Wohnungen für Mitglieder der Eisenbahnerbau-Genossenschaft beschäftigt. Die Anlage wird dem Gelände angepaßt und einen halb städtischen, halb ländlichen Charakter erhalten. Die Neubauten werden aus Erdgeschoss und zwei Obergeschossen bestehen und hinsichtlich der Wohnungen allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechen. In den Häusern werden auch zwölf Mitglieder untergebracht, die in Riesa bereits Familienwohnungen haben, die dann der Stadt zur allgemeinen Verfügung stehen. Die Eisenbahnerbau-Genossenschaft beabsichtigt, auf demselben Gelände noch weitere 30 Wohnungen zu erstellen, doch ist für dieses Bauvorhaben die Frage der Baukostenzuschüsse noch nicht gelöst. Die von der Eisenbahnerbau-Genossenschaft in den Jahren 1920 und 1921 an der Elbe Seebäder und Sportplatz erbauten zwei Häuser enthalten 28 Wohnungen. Nach Fertigstellung der jetzt am Kommaghauer Weg im Bau befindlichen fünf Häuser wird die Eisenbahnerbau-Genossenschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1911 insgesamt 156 Wohnungen erstellt haben.

Ministerialdirektor Dr. Schmitt an das Gesamtministerium. Ministerialdirektor Dr. Schmitt teilt dem Telefon- und Sachdienst mit, daß er an das Gesamtministerium folgenden Brief gerichtet habe: Das Gesamtministerium hat mich vom 1. April ab auf Wartegeld gesetzt. Obwohl dies wegen meiner in Aussicht genommenen Verlegung auf den Posten des Präsidenten der Oberrechnungskammer nur eine vorläufige Maßnahme ist, muß ich erneut meinen Widerspruch geltend machen. Der Herr Minister des Innern hat im Landtage, um den gegen seine Personalpolitik gerichteten parlamentarischen Angriffen zu begegnen, die Taktik angewandt, einen Angriff gegen mich zu richten und mich wegen meiner Tätigkeit in Personal-sachen schwere Vorwürfe gemacht. Er wird zwar bei der Begründung seines Antrages, mich auf Wartegeld zu setzen, auf die in seiner ersten Landtagsrede vom 18. Februar vorgebrachten Einzelfälle zurückgreifen. Ich habe daher zur Zeit keine Veranlassung, auf sie mehr einzugehen. Umso mehr sehe ich mich aber genötigt, gegen seine Vorwürfe öffentlich Verwahrung einzulegen. Es müßte sonst der Eindruck entstehen, daß meine Verlegung auf Wartegeld eben auf Grund jener Anschuldigungen notwendig geworden sei, die doch nur der Rechtfertigungsversuch einer rein politischen Maßnahme waren. Da mir ein anderer Weg zur Wahrung meiner Rechte und meiner Amtsehre nicht offen steht, beabsichtige ich dem Landtage, vor dem ich angegriffen bin, das mir zugeleitete Gutachten des Ministeriums des Innern und meine Gegenerklärung zu unterbreiten. Ich beehre mich, dem Gesamtministerium hiervon Kenntnis zu geben.

Fürsorge für landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Am 1. April haben die vom Landes-amte für Arbeitsvermittlung angestellten Fürsorgetinnen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte in den Amtshauptmannschaften Dresden und Leipzig ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Dienst der Fürsorgetinnen ist bei dem Zentralarbeitsnachweis Dresden beziehentlich dem Städtischen Arbeitsamt Leipzig. Der Dienstbezirk Dresden umfaßt die ganze Kreisshauptmannschaft, der Dienstbezirk Leipzig den Kreisshauptmannschaftlichen Bezirk mit Ausnahme der Amtshauptmannschaft Rochlitz, deren Aufsicht für die vorliegenden Aufgaben an den Bezirk der Kreisshauptmannschaft

Großenhain vorgesehen ist. Voraussichtlich werden am 15. April auch in den übrigen Kreisshauptmannschaften die Fürsorgetinnen ihre Arbeit aufnehmen können. Das Ziel der Fürsorgetätigkeit ist: in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen, den Berufsverbänden der Landwirtschaft, sowie allen von Fall zu Fall in Frage kommenden Wohlfahrtsvereinigungen, durch Prüfung der landwirtschaftlichen Arbeitsstellen und Abstellung von Mängeln in Bezug auf Unterhaltsverhältnisse, Verpflegung und Behandlung usw. eine laufende Bekreunung landwirtschaftlicher einheimischer Arbeitskräfte einzurichten und durch allmähliche Ausgliederung der für den heimischen Landarbeiter nicht geeigneten Bedingungen der Lebenshaltung an zeitgemäß berechnete Forderungen ein beider Teile des landwirtschaftlichen Arbeitsvertrages befriedigendes, festes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Jeder Erfolg auf diesem Wege wird eine Winderung des Mangels an Arbeitskräften bedeuten, unter dem die Landwirtschaft leidet, und somit dazu beitragen, die notwendige Ernährung der Volksgesamtheit zu sichern.

Umsatzsteuer. Der Reichstag hat in der zweiten Lesung der Novelle zum Umsatzsteuergesetz beschlossen, den Steuerfuß von bisher 1 1/2 v. H. auf 2 v. H. zu erhöhen und die erhöhte Umsatzsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab in Kraft treten zu lassen. Die Umsatzsteuerpflichtigen werden dieser Sachlage nur dann gerecht und eigene wirtschaftliche Nachteile vermeiden, wenn sie, gemäß dem bereits im Dezember 1921 vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Hinweis, auch weiterhin die Umsatzsteuer in Höhe von 2 v. H. in ihre Preise einrechnen.

Ein tschechischer Hafen in Hamburg. Vor kurzem beauftragte eine tschechisch-österreichische Kommission den Hamburger Hafen, um dort einen geeigneten Hafensplatz für die tschechischen Elbschiffe ausfindig zu machen. Man wählte das Gelände im Spreehafen. In der nächsten Zeit soll ein Mietvertrag abgeschlossen werden. Bekanntlich ist die Tschechoslowakei auf Grund des Verfallter Vertrages berechtigt, in Hamburg und in Wandsbek die mietweise Abtretung eines Geländes im Hafen zu verlangen.

Beihilfe an Gemeinden zur Trennsortierung. Aus dem vom Ministerium des Innern verwalteten Anstaltskassenschatz für bedürftige Gemeinden wird, nachdem bereits für das 1. Halbjahr 1921/22 zum gleichen Zweck 700 000 Mark verteilt worden sind, in diesen Tagen für das 2. Halbjahr eine Summe von 800 000 Mark ausgeschüttet werden, um den bedürftigen Gemeinden die erhöhten Kosten der Unterbringung von Geisteskranken in Landes-, Heil- und Pflegeanstalten, im Landeshospital und im Landeskrankenhaus zu erleichtern. Dabei werden die vom Ausschuss aufgestellten Grundätze angewendet werden, wonach die Gemeinden nach einem je nach ihrer Leistungsfähigkeit gesetzelten oder verminderten tatsächlichen Aufwand berücksichtigt werden, soweit sie über den Landesdurchschnitt belastet sind. Die bisher von der 4. Abteilung des Ministeriums des Innern den Gemeinden bewilligten Unterstützungen sollen damit weg.

Nachprüfung der Lebensmittelpreise. Wie die „Neue Berliner Mittagszeitung“ hört, plant die Reichsregierung eine allgemeine Nachprüfung der Lebensmittelpreise auf Grund der Wuchererordnungen vorzunehmen. In einzelnen Städten, so in Hamburg, sind die Preisprüfungsstellen bereits Ende voriger Woche selbstständig vorgegangen. In Hamburg werden die Milch- und Butterpreise einer Nachprüfung unterworfen.

Konkurrenz in der Holzindustrie. Nachdem die Einigungsverhandlungen bei den Tarifberatungen für die sächsische Holzindustrie gescheitert sind, ist der Ausbruch eines Lohnkampfes in der Holzindustrie laut „Dresd. Volksztg.“ nunmehr unvermeidlich. Am Montag ist in Riesa die Holzfabrik der Firma Möbelabrik Rorekat und seine in den Streik getreten. — In der Streikholzindustrie ist, wie die „Volksztg.“ berichtet, eine Einigung zu erwarten. Es wird angenommen, daß der Betrieb der Riesauer Streikholzfabrik in den nächsten Tagen wieder aufgenommen wird.

Die Wäuselage des vergangenen Herbstes hat erfreulicherweise vielfach Gemeinden und Grundbesitzer zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen können wertvolle Anhaltspunkte für künftige Maßnahmen dieser Art liefern. Die Hauptstelle für Pflanzensatz, Dresden-N. 16, Stübelsallee 2, bittet daher alle von Wäuselagen Betroffenen und besonders alle Mitglieder der Landesorganisation für Pflanzenschutz dringend um recht baldige Beantwortung der folgenden Fragen: 1. Traten Überwinterer Wäusel noch ausfallend hart, mittelhart oder nur schwach aus? 2. Welche Risikostufe ver-

ursachte die Plage? Feldmaus (grau und kurzschwänzig) oder Brandmaus (braun mit schwarzem Rückenstreifen und langschwänzig)? — 3. Inwieweit machten sich im Herbst und Frühjahr Fraßschäden geltend? — 4. Wann, womit und in welcher Form ist eine Bekämpfung erfolgt? — 5. War diese erfolgreich, und welche besonderen Erfahrungen wurden dabei gemacht? — Die Antworten können als vorpostpflichtige Dienstliche durch die Gemeindevertretungen eingesandt werden. Die Mitglieder der Landesorganisation werden dagegen gebeten, sie frankiert einzuschicken und den Porto-betrag der Hauptstelle in Rechnung zu legen.

Gröba. Dem Gendarmehauptwachmeister Otto Wetter, gebürtig aus Gröba, jetzt wohnhaft in Rittau, wurde durch Verfügung des Reichswehrministers der Charakter als Leutnant verliehen und die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Infanterie-Regiments Nr. 103 erteilt.

Dresden. Am Montag vormittag verchied im 71. Lebensjahre der frühere Direktor der Sächsischen Turnlehrerbildungsanstalt zu Dresden, Professor Wilhelm Froberg, Ehren-Kreisvertreter des 14. Turnkreises der Deutschen Turnerschaft, Freistaat Sachsen. Der Verstorbene hat sich um die Turnsache unermüdete Verdienste erworben.

Dresden. Montag nachmittag in der 7. Stunde hat der 25-jährige Schlosser R. von hier der 28-jährigen Lohnbirne Oles, Frohnstraße 27 wohnhaft, aus Eiferlicht ein Schraubenschlüssel in den Hals gestoßen, wodurch die Luftröhre, die linksseitige Schilddrüse und die Speiseröhre verletzt worden sind. Die Verletzungen sind so schwer, daß Lebensgefahr besteht. R. hat seit längerer Zeit mit der Oles ein Verhältnis unterhalten. Obwohl er wußte, daß sie Lohnbirne war, brachte ihn die Eiferlicht darüber, daß auch andere Männer bei ihr einfuhrten, zu dem Entschlusse, die Oles und dann sich selbst umzubringen. Montag nachmittag hat er sich mit dem Gedanken von zu Hause entfernt, seinen langjährigsten Plan zur Ausführung zu bringen. Er traf sich mit der Oles zunächst in einem Restaurant, wo sie noch in fröhlicher Stimmung beisammensaßen. Von dort gingen sie auf das Zimmer der Oles, woselbst R. ohne vorhergegangenen Streit die Tat zur Ausführung brachte. R. ist gestern morgen von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

Dresden. Der frühere langjährige Vortragende Rat im Ministerium des Innern, Geheimrat Dr. jur. Walter Nießhammer, war am 28. März ganz plötzlich in Helmstedt (Braunschweig) verstorben. Auf Wunsch der Angehörigen — ein Bruder ist der bekannte Landtagsabgeordnete Nießhammer in Kriebitz — wurde der Leichnam zur Feuerbestattung nach Dresden überführt, wo am letzten Sonntag auch die Trauerfeier im städtischen Krematorium zu Tolkewitz stattfand. Nach Beendigung der Trauerfeier wurde der Sarg in der üblichen Weise in die Tiefe verfenkt, die eigentliche Einäscherung der Leiche mußte aber vorläufig unterbleiben, weil inzwischen ein Telegramm aus Braunschweig von der dortigen Staatsanwaltschaft eingelaufen war, in welchem die Beischiagnahme der Leiche verweigert wurde. Wie verlautet, soll Verdacht entstanden sein, daß der Tod des Geheimrates nicht ohne gewisse Schuld des behandelnden Arztes eingetreten ist. Am Dienstag wurde im Krematorium die Leiche durch den Gerichtsarzt Medizinrat Dr. Oppe untersucht, die Sektion ergab einwandfrei, daß der Tod infolge eines Herzschlages eingetreten ist. Deswegen wurde der Verdacht bestätigt, daß demnach in keiner Weise, Inwieweit hatte der plötzliche Tod des Geheimrates und die später erfolgte Beischiagnahme der Leiche reichlichen Anlaß zu allerlei Vermutungen gegeben.

Dresden. Das Dresdner Schöffengericht verurteilte nach vielkündiger Verhandlung die Kaufleute Kurt Edward Wolf und Martin Rodsch wegen Unternehmung der Goldausfuhr zu je 425 000 Mark Geldstrafe, letzteren überdies zu drei Monaten Gefängnis. In dieser Angelegenheit waren vier Personen verwickelt, ein Kaufmann Fildner-Dresden erhielt 500 Mark Geldstrafe, ein Hüttengutspächter wurde gänzlich freigesprochen, gegen zwei weitere Angeklagte, die Kaufleute Schönberg und Fleischer, mußte das Verfahren abgetrennt werden. Es handelte sich um 5 Kilogramm Gold, das von einer Berliner Firma stammte, und für 425 000 Mark pro Kilo im März vorigen Jahres in Emmerich umgesetzt werden sollte, wo es aber angeblich gestohlen wurde. In der Verhandlung kamen merkwürdige Dinge zur Sprache, die sich in Emmerich abgepielt haben sollen, wie es dort bei derartigen Geschäften zugeht.

Freital. Die Stadt Freital hat beim Kreisaußschuß um Ausnahmewahl zur Wahl des Bürgermeisters Dr. Wedderkopf nachgelacht. Der neue Bürgermeister ist



Techniker, während in der Regel die Verhältnisse zum selbständigen Richteramt oder höherem Verwaltungsamt verlangt wird. Die Anwesenheit wird deshalb den Stadtrat von Freital noch einmal beschließen müssen, der durch einen Nachtrag zum Ortsgesetz die Möglichkeit zur Bekämpfung des neu gewählten Bürgermeisters schaffen muß. Die neue, das Recht der Ehe schließende Ehe wird nunmehr mit Wirkung einverleibt. Die Ortsbehörde stimmt zu, so daß nun auch die Oberbehörde ihre Zustimmung zu geben hat. Es ist dies nach Lage der Dinge nur noch eine Formalie. Wann dürfte nun auch wohl die Einverleibung von Copia nicht mehr auf sich warten lassen.

**Freiherr.** Aus Sparmaßregeln wird die städtische Tischlerfachschule zu Freital sofort geschlossen. **Richterberg.** Der 13jährige Sohn des Bäckermeisters Lorenz ist beim Schneetunnelbau im Garten der ersten Wohnnung durch Einbrechen von Schneesackfenster tödlich verunglückt. Wohl hatten mitteilende Kameraden sofort Hilfe herbeigerufen, die auch nach wenigen Minuten den Verstorbenen befreiten. Leider waren aber alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

**Falkenstein.** Das städtische Freibad brachte im letzten Jahre an Eintrittsgeldern etwa 14000 Mk. auf, während der Aufwand nur 6000 Mk. betrug, so daß 8000 Mk. zur Tilgung der Einrichtungskosten verwendet werden können. — Der Gutsherr Emil Oskar Schöbe in Dönnemarke Nr. 7 wurde wegen Verletzung von Fisch durch Wasserlauf und Entziehung von dem Verkauf von Heilwasser Schöffengericht an 800 Mk. Geldstrafe oder sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

**Chrenfriedersdorf.** Der Hausbesitzerverein hat in einer hartbelauchten Verammlung Stellung zu dem Antrage der Stadt an das Fernamt Wert Annaher angenommen, die ihren Antrags in solander Entscheidung an den Stadtrat sand: Der Hausbesitzerverein Chrenfriedersdorf erhebt einstimmig schriftlich Protest gegen jeden Verkauf städtischen Gasrohr-Verlehnung und der zur Gasrohrverlehnung notwendigen Gebäude und Einrichtungen. Ferner werden die städtischen Kollegien gebeten, einer Verpachtung oder Verrentung der Gasrohrleitungen nur dann zuzustimmen, wenn die Möglichkeit besteht, daß Chrenfriedersdorf jederzeit die Gasrohrleitung selbst wieder in die Hand nehmen kann.

**Wahren i. Vogtl.** Vor dem hiesigen Schöffengericht stand der Geschäftsfreier Karl Schenk von hier wegen Verletzung des deutschen Offizierskorps, des Generals v. Schweinitz und des deutschen Offiziersbundes. Er hatte am 21. November v. J. auf der Fahrt von Wahren nach Reichenbach in einem Durchgangswagen, so daß es auch in anderen Abteilungen zu hören war, bei einem Gespräch über den verlorenen Krieg u. a. scherzhaftige Äußerungen über die Offiziere im allgemeinen getan und von dem genannten General bedauert, er hätte auf dem Bahnhof in Leipzig in Zivil Fronturlaub erhalten, weil sie Unteroffiziere nicht gerührt hätten und ihre Zurückführung ins Feld bewirkt. Aussagen aus dem Nachbarabteil bekundeten, daß sie nicht an diesen Schmäheren angenommen und unter den Mitfahrenden beste Empörung herrscht hätte. In Reichenbach hätte man einen Volksbeauftragten zur Festnahme des Verleumdeters herangeworfen. Der Vorwurf wurde gemäß § 185 des Strafgesetzbuches zu 3000 Mk. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis und zur Erhaltung der den Nebenklägern (Offiziersbund und General v. Schweinitz) erwachsenen notwendigen Ausgaben verurteilt.

**Wahren i. V.** In der Nacht zum Sonntag wurde das Volkamt im nahen Jocketa von einem verdächtigem Einbrecher heimlich. In den Diensträumen wurden alle Schubladen aufgezogen und die verschlossenen Schränke gewaltsam geöffnet und durchwühlt. Nachdem der Einbrecher aber darin nichts gefunden hatte, was sich zum Mitnehmen eignete, wurde die Öffnung des Schrankes durch schwere Kassenbrände in Anarix genommen. Der Schrank wurde umgelegt und nun mit Meißel und Stemmeisen bearbeitet, wobei die Kassenbrände abgedrückt worden sind. Die Öffnung des Kassenbrants, in dem alle Verhältnisse untergebracht sind, gelang aber trotz vieler mehrstündiger Arbeit nicht. Der im Hause wohnende Volkmeier Hartmann wurde gegen 5 Uhr morgens durch verdächtige Geräusche aus dem Schlafe geweckt, worauf er zum Fenster hinaushorchte. Während er sich ankleidete — unterdessen hielt seine Gattin am Fenster Wache — klagte ein Mann aus den Räumen des Volkshauses heraus. Volkmeier Hartmann rief den Verdächtigen dreimal an und forderte ihn zum Stehen auf. Als diese Aufforderung nicht beachtet wurde, schob er hinter dem Liegenden nach. Es muß indes angenommen werden, daß der Schenk fehlging, denn der Eindringler flüchtete nach der Elstertalstraße zu.

**Veipitz.** In einem unbewachten Augenblick kam in Schönefeld ein 3 Jahre alter Knabe beim Spielen an einen ausnahmslos unbewachten Wäldersee einem der schweren Seitenabnahmen zu nahe. Dieser fiel um und auf den Kopf des Kindes, das sofort tot war. Ob fremdes Verschulden vorliegt, wird durch die sofort eingeleitete Untersuchung geklärt werden.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**Deutscher Städtetags.** Der Vorstand des Deutschen Städtetages sprach sich in Sachen der Sicherung der Wohnversorgung für das kommende Wirtschaftsjahr für die Verabschiedung des bestehenden Umlagesystems aus. Zum Reichstagesertrag erhebt der Städtetag die Forderung, daß die Ausführung, insbesondere die Festlegung der Zuschläge zu den Umlagen sowie auch die Wahl zwischen den im Gesetz auf verschiedenen Gebieten vorgeschriebenen Systemen in die Hand der Gemeindeorgane gelegt werden muß. Bezüglich der Gewährung der Bundeshilfe müsse gefordert werden, daß, abgesehen von einem zum Ausnahmefall erforderlichen Besondere, die in den Städten aufkommenden Ertragsrisiko aus der staatlichen Wohnungsbaubauange zuzunehmen der Städte und nicht des platten Landes verwendet werden. Reich und Staat sorgten in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber nicht in gleichem Maße wie private Arbeitgeber für das Wohnungsbedürfnis ihrer Arbeitnehmer und stellen unter Anwendung von Druckmitteln übermäßige Forderungen an die Gemeinden.

**Die neueste Gesundheitsstatistik.** Der Ioseden vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenen Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1920/21 entnimmt die „Münchener Wochenschrift“ die Tatsache, daß seit Mitte 1920 die allgemeine Sterblichkeit fortgesetzt abgenommen, doch aber einzelne Krankheiten mehr oder weniger stark zugenommen haben. Besonders bei den Kindern findet sich Skrophulose, Malaria, Blutarmit gebührt. Im Jahre 1921 kamen von den nach dem Seuchengesetz anzeigepflichtigen Krankheiten zur Meldung: 88018 Fälle Diphtherie, 81624 Ruhr, 48283 Scharlach, 19808 Unterleibstypus, 8086 Rindpestleber, 896 Genickstarre. Der Zustand der Volksgesundheit, der sich aus solchen Zahlen ergibt, hängt hauptsächlich mit dem Nahrungsmittelmangel zusammen, den Wohnungs-, Bekleidungs-, Kohnmangel und Heizung verschärfen. In den einzelnen Gegenden Deutschlands zeigen sich außerordentliche Verschiedenheiten.

**Eine Rede des neuen amerikanischen Botschafters.** Aus New York wird gemeldet: Auf einem Abschiedessen, das zu Ehren des neuernannten Botschafters in Berlin, Doubaton, gegeben wurde, hielt dieser eine Ansprache, von der die „New York World“ sagt, sie könne als eine amtliche Umdeutung der Haltung der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber gelten. Doubaton sagte: Ich glaube an den

ritischen, geistigen oder selbstwertmäßigen Wert des Danks nicht. Er führt nur zur Verwirrung und Verdrüßung. Beim Verlassen Amerikas habe ich weit mehr die Hundert Jahre des Friedens, der Freundschaft und das reiche Maß des guten Willens im Sinne, die das deutsche und das amerikanische Volk miteinander verbunden, als die wenigen Jahre des Krieges und der Mißverständnisse, die sie trennten. Ich wünsche diese alten Bande der Achtung und der gegenseitigen Dienste wieder zu erneuern und zu stärken. Wir selbst können als Nation nicht glücklich und zufrieden sein, solange unsere Mitbürger deutscher Abstammung nicht glücklich und durch das Gefühl der Ungerechtigkeit verdrüßert sind. Ein besseres Schicksal müssen wir alle erstreben. Außerdem sehe ich keinen Grund, weshalb wir von einer armen und kleinen Nation ermarren sollen, daß sie etwas tue, was wir selbst unter gleichen Umständen nicht tun würden. Der Krieg ist beendet, und wer ihn verloren hat, muß seinen Fühler gemäß für die Rechnung aufkommen. Was aber seine Ursachen angeht und die Zuteilung von Lob oder Schuld, so sind das Sachen, die ich, offen gestanden, meinerseits nicht weiter erörtern will.“ Unter Hinweis auf den Pazifismus des Nord- und Südkontinentes während des Bürgerkrieges fuhr der Botschafter fort: „Der Pazifismus ist ein Ideal, das sowohl der Norden als der Süden seinen Weg aus dem Dilemma, als sie einfach der Frage der Ursachen, die sie trennte, ihren Rindern fochten und an die Arbeit gingen. Mir scheint, daß ein ähnlicher Prozess praktischer Verständigung stattfinden muß, oder die europäische Zivilisation muß zugrunde gehen. Wenn kriegsführende Nationen nicht vergehen können, dann können sie sich wenigstens verbinden in der gemeinsamen Hebung, daß, was auch sonst für Werte der Krieg geschaffen haben mag, er uns ärmer ließ. Sie müssen in die Arbeit gehen oder zugrunde gehen. Dieser bessere Zustand kann nur kommen als ein Ergebnis der Anstrengung von Männern, die guten Willens sind, von denen, wie ich glaube, genug in jeder der kriegsführenden Nationen leben, die die Ziele bilden können, die die Massen begehren. Ich denke, sie müssen diese Bemühung zu einer Beweispflicht machen. Es ist dies sowohl eine Pflicht unserer Nation, als eine Pflicht anderer Nationen. Es ist dies eine persönliche Pflicht für mich. Es scheint mir der einzige Ausweg dazu, und wir Amerikaner müssen unseren Teil beitragen.“ Doubaton sagte noch, er erkenne klar die Schwierigkeiten und Widerstände, die sich dem entgegenstellen würden, und er schloß mit einem deutschen „Auf Wiedersehen“. Am 20. April hofft der Botschafter in Berlin zu sein.

**Eine Rede Stegerwalds.** In einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Köln, veranstalteten und stark besuchten Versammlung sprach am Montag der selbige preussische Ministerpräsident Stegerwald über das Verhältnis der Arbeitnehmer zu Staat und Wirtschaft. Er sagte u. a.: Deutschland sei durch die Vorgänge der letzten Jahre, durch den Zusammenbruch und die Umbildung von 1918 vor neue Aufgaben gestellt. In Zukunft müßten die deutschen Volksgenossen nicht mehr das Fremde, sondern das suchen, was sie wieder zusammenbringe. Vor allem müsse alles aufgegeben werden, um die Reichsangelegenheiten zu sichern. Nicht der Klassenkampf, sondern die ausländischen Arbeiter könnten unsere Väter vernichten, sondern nur ein in allem Entscheidendes einig deutsches Volk, welches die Verteilung der Güter hinter die des gesamten Volkes lege. Die Arbeitnehmer dürften sich nicht nur als Lohn- oder Gehaltsempfänger, sondern als gleichberechtigte Staatsbürger betrachten, die vom Staat nicht nur zu fordern, sondern ihm auch etwas zu geben hätten. Andererseits sei es unbedingt notwendig, daß dem deutschen Staat endgültig ein hartes soziales Gepräge gegeben werde, in dem die breitesten Volksschichten bei der Staatsführung mitwirkten. Eine Kernfrage unserer zukünftigen Politik sei die Frage der Ernährung. Aus der Landwirtschaft müßten größere Erträge als bisher herausgeholt werden. Das Wirtschaftsleben könne nicht so bleiben wie es sei, weil die Parteien, vor allem die Koalitionsparteien, vor völlig neuen Aufgaben stünden. Der Redner schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Forderung einer Revision des Friedensvertrags.

**Antrag auf Beseitigung des Getreidemlageverfahrens.** Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, beantragten im preussischen Landtag die Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorzuschlagen zu werden, von der weiteren Durchführung des in Kraft befindlichen Umlageverfahrens abzusehen, dagegen umgehend mit den landwirtschaftlichen Organisationen in Beratungen darüber zu treten, in welcher Weise die Sicherstellung der Getreideversorgung erreicht werden könne. Die wichtigste Maßnahme zur dauernden Sicherstellung der Ernährung sei die Hebung der Erzeugung, die am sichersten auf der Grundlage der freien Wirtschaft möglich sei. Das Blatt bemerkt dazu: Da die Deutsche Volkspartei bereits vorher einen Antrag auf Einführung der freien Wirtschaft stellte, ist jetzt wenigstens in Preußen eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien für die Beseitigung des Umlageverfahrens hergestellt.

**Im Reichslandtag.** Am 15. März wurde die zweite Beratung des Personalabgabengesetzes verhandelt, da ein Antrag auf anderweitige Festlegung der Entschädigungen erlag, zu dem erst die Fraktionen Stellung nehmen wollten. Ferner ergab die Aussprache über einen allerdings noch nicht offiziell eingegangenen Gesetzentwurf über Teuerungsmassnahmen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, daß der Entwurf noch eine gründliche Umgestaltung erfahren wird. Auf Antrag des Abg. Anders (Ztr.) beschloß der Ausschuss einstimmig: Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, unverzüglich im Verordnungsweg eine angemessene Verbesserung der Teuerungsmassnahmen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen herbeizuführen. Dagegen ersucht der Ausschuss die Reichsregierung, mit tünlicher Beschleunigung, spätestens bis 15. Mai 1922, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Teuerungsmassnahmen eine gezielte Regelung erfahren.

**Im Gauverstand des Reichstages.** wurde der Vorwurf erhebt. Demangel wurde aus der Mitte des Ausschusses, daß die Ertragserwartungen der Post für verloren gegangene Sendungen der Entwertung des Geldes nicht mehr entsprechen. Demgegenüber wurde von der Postverwaltung darauf hingewiesen, daß es dem Absender freistünde, sich vor solchen Verlusten zu schützen. Im Paketverkehr eigne sich hierzu das sogenannte unversehrte Frankfurtermark-Paket, das bis zur Höhe dieser Summe jeden Verlust ausschliesse. Wertvollere Sendungen könnten dann noch als Wertpakete ausgegeben werden.

### Bayern.

**Eine Rede Trosts.** Auf dem 9. Kongress der Kommunistischen Partei Bayerns kam am 28. März der Leiter des revolutionären Kampfbundes der Republik Trost zum Wort, der die bisherige Politik der Sowjetregierung verurteilte und die „Expropriation aller Betriebe“ als einen Akt der Selbstverteidigung bezeichnete, da die Besitzer der Betriebe und ihre nächsten Mitarbeiter „Wegrevolutionäre“ gewesen seien. Erst bedeutend später sei es möglich gewesen, auf diese Maßnahmen bezüglich der Industrie zu verzichten. Eine Klasse, die zur sozialen Revolution schreite, habe nicht anders handeln können, anfangs habe sie die Positionen im Sturm genommen, später nach Abschaffung der Restrukturmaßnahmen eine Konzentrierung vorgenommen und sei dann auf die besetzten Positionen zurückgegangen. Trost kritisierte die von Lenin angeregten Erweiterung der Rechte des Sowjets der Volkskommissare durchaus zu. Bezüglich der Innenpolitik äußerte er, daß, wenn die gesamte europäische Bourgeoisie gegen Sowjetrußland einen neuen

**Brauns Lederfarbe Wilbra färbt**  
alte, unansehnliche Lederfarben wieder wie neu.  
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Feldbau beizubehalten werde, die Sowjetregierung zum Kriegskommunismus zurückkehren werde, der noch schouungslosler sein werde, als der des Bürgerkrieges.

**Die zunehmende Steuerermasung Sowjetrußlands.** Aus New York wird geschrieben: Die Zentralsteuerverwaltung hat zahlreiche neue Steuerprojekte ausgearbeitet. Das erste Projekt will alle Güter und Gemütsleistungen mit einer staatlichen Steuer belegen. Ferner ist vorgeschrieben, die notarielle Tätigkeit steuerlich zu erfassen. Die Gewerbesteuer soll auf alle in staatlichen Truhen arbeitenden Personen mit einem Monatsgehalt von über 100 Vorkriegsrubeln ausgedehnt werden. Schließlich stellt ein Projekt die Erhebung von kommunalen Luftverkehrssteuern vor. Die Art der Erhebung von Steuern und Gebühren soll ferner Veränderungen unterzogen werden. Neben diesen direkten Steuern plant die Sowjetregierung eine Klasse von allen Produktionsleistungen, Ruder und Wägen zu erheben. Alle diese Projekte sind den obersten Sowjetbehörden zur Genehmigung eingereicht worden. Schließlich ist noch die Besteuerung von Handels- und Industrieunternehmen und Goldminen außerhalb der Städte und die Wäse auf Kaffee, Tee und Surrogate zu erwähnen.

## Kunst und Wissenschaft.

**Eine deutsche Filmexpedition nach der Südsee.** Mit einem Schoner von Kiel nach der Südsee soll, auf einem ehemaligen Marinespähboot, eine Expedition fahren, deren Aufgabe für den Mai in Aussicht genommen ist. Ueber den Reiseplan wird uns von beizieliger Seite u. a. geschrieben: Aus eigener Initiative haben sich 14 deutsche Künstler, Wissenschaftler, Kaufleute und Ingenieure zu dieser Fahrt entschlossen. Die Namen sind folgende: Kapitän Peter Vossku-Bienburg, Schiffbauingenieur Dr. Paulsen-Kendziora als erster Steuermann, Maschineningenieur Vungardt als Maschinist, Kunstmalers Professor Dr. Wagner-Breslau, Kunstmalers Richard Jantur und Bildhauer Berlin, Schriftstellers Viktor Klages-Bremen, Berginspektor G. Wadner, Dr. J. Schneider-Rünchen, Dr. R. Hörmann als Arzt und medizinischer Wissenschaftler, Dr. G. Holz, Spezialist für Tabakspflanzen, Filmdramaturg Dr. Alois Rittme, ein Filmregisseur und ein Filmmonteur. Das Expeditionsmitglied, ein Tourenkreuzer mit zwei Mählschiff-Delimitoren von je 30 Pferdekräften, befindet sich zur Zeit im Ausbau auf der Werft von W. Bauer in Laboe und wird Anfang Mai fertig sein. Nach einer Probefahrt soll die Reise Mitte oder Ende Mai beginnen. Auf der Fahrt wollen die teilnehmenden Künstler die Ornamentik der Südsee-Inselaner, deren Farbherstellung und die Baufestigkeit der Javanen eingehend studieren. Weiter soll auf der Fahrt werbend für deutsche Industrie und deutschen Handel eingetreten werden. Der Reiseplan soll führen über Holland, Spanien, Nordamerika, Mexiko, Ostindien, Südamerika, Südsee, Niederländisch-Indien, Britisch-Ostindien, Sues, nach dem Mittelmeer. Bei den vorgesehnen Filmaufnahmen ist in erster Linie gedacht an Landschafts- und wissenschaftliche Aufnahmen, aber auch an kleinere Spielfilme, die die koloniale Aneignahme der Jugend werden sollen und an eine Filmberichterstattung. Sämtliche Teilnehmer sind entweder gefahrene Sportler oder haben beruflich mit Seefahrten zu tun. Das Unternehmen wurde zunächst aus den Mitteln der Teilnehmer bestritten. Um ihren Zweck zu erreichen, haben sie fast ihren gesamten Besitz veräußert; der Unterhalt der Reise soll erfolgen durch die Einnahmen aus Vorträgen, Bilderverkäufen, Filmvorführungen usw. Zu diesem Grundstock gesellen sich Spenden von verschiedenen, am Küstenhandel, an ethnographischen oder kunsthistorischen interessierten Seiten. — Der Erfolg wird lehren müssen, welche Bedeutung der Verwirklichung des Planes beizumessen sein wird.

## Bermischtes.

**Aus dem Karitätenkabinett der Natur.** Der dieser Tage gemeldete Tod der „flamenschen Zwillinge“ Josefa und Rosa Hazel in Chicago, bei dem die eine Schwester die andere, die sich nicht von ihr durch eine Operation trennen lassen wollte, mit in den Tod zog, lenkt unsere Aufmerksamkeit wieder auf jene „Wunderkinder“, die das Karitätenkabinett der Natur aufweist. Der Name „flamensche Zwillinge“, den die aus der Tschechoslowakei gebürtigen Schwestern führten, rührt ja von der ersten Wöhlbildung dieser Art her, die bekannt wurde. Diese ursprünglichen „flamenschen Zwillinge“, die wirklich aus einem Stamm kamen, waren männlichen Geschlechts und hießen Chang und Eng Bunker. Die beiden Brüder, die ebenso wie die Schwestern Josefa und Rosa untrennbar fest zusammengewachsen waren, heirateten zwei Schwestern und ließen sich nach langen Reisen durch die Welt auf einer Farm nieder, wo sie im Januar 1874 im Alter von 63 Jahren starben, der eine zwei Stunden früher als der andere. Neben der Verwachsung von Zwillingen gibt es auch pathologische Vorgänge, durch die „Sopflöse“ und „Kumpflöse“ Mißgeburten entstehen. In dem Karitätenkabinett der Natur gehören auch solche Mißgeburten, wie Sechsklinge, die man bisher nur in zwei beglaubigten Fällen kennt, und Siebenklinge, von denen nur ein einziger Fall auf einem Grabstein der Familie Theodor Reimer zu Damseln aus dem Jahre 1600 berichtet ist. Sehr viel häufiger sind Daarmenschen, auch Hundemenschen genannt, die das Wohlbehagen des Embryo nach ihrer Geburt beibehalten. Auf Bildern und in Flugblättern der Vergangenheit wird sehr viel von solchen Daarmenschen berichtet. Der erste genauer beschriebene Fall ist auf einigen Portraits der früher in Schloss Ambras befindlichen Sammlung überliefert. Es handelt sich um eine Familie von Daarmenschen, von der Felix Platter in seiner Selbstbiographie berichtet: „Im Mann zu Paris war wegen der seltenen Behaarung seines ganzen Körpers König Heinrich II. sehr wert und verkehrte an dessen Hof. Er nahm ein Weib, das glatt und anderen Frauen gleich war, und zeugte mit ihr ebenfalls behaarte Kinder, welche ich hier in Basel 1683 sah und malen ließ. Sie waren im Gesicht bart behaart, und auch die ganze Wölbung längs des Rückrats war rauh von sehr langen Haaren.“ Neben diesen überall am Körper behaarten Menschen gibt es Unwosmitteln, bei denen das Haar nur an einer bestimmten Stelle des Körpers austritt. Erste Beispiele dafür sind die sog. Bartbäume, von denen schon Aristoteles als großen Wertmüßigkeiten erzählt. Auch die christliche Legende kennt eine solche Varietät, nämlich die „heilige Himmelskugel“, die stets mit einem mächtigen Bart besetzt ist. Durch ein Wunder soll der Königsleibniz Mißgeburten auf ihre Bitten diese männliche Hirtse gewachsen sein, um die sie bedrängenden Freier abzuwehren. Die berühmteste Bartbäume der neueren Zeit war die Tängerin Julia Postana, die 1860 an der Geburt eines ebenfalls abnorm behaarten Kindes starb. Noch eigenartiger sind die Schwammenschen, die an der Gesichtshaut ein größeres oder kleineres Haarschwamm haben. Welche Größe, ob es in Rom von einer



solchen Missbilligung hörte: Die Schwanzmenschen waren nicht; nach der Beschreibung ist es etwas sehr natürliches. Man hat diese Abnormität, die vielleicht die Ursachen auf die Erziehung ihrer Söhne brachte, des öfteren festgestellt. Eine nicht selten vorkommende Erscheinung ist die Hysterie, und die Vielbrütigkeit bei Frauen hat nicht nur zu dem Symbol der vielbrütigen Diana von Ephesus den Anlaß gegeben, sondern es gab auch Frauen der Geschichte, die mit dieser Eigenart ausgestattet waren, so die Mutter des römischen Kaisers Alexander Severus und Anna Bolton, das unglückliche Holzküchlein, das als Gattin Heinrich VIII. von England hingerichtet wurde.

Der Papst gegen die neuen Moden. Der neue Papst hat befohlen, daß Instruktionen über die gegenwärtigen Unanständigkeit der Moden' vordereitet und an alle Bischöfe verfaßt werden. Dieser Bericht auf dem Vatikan lautet, daß auch der jüngste Nachfolger Petri den Kampf gegen die Extravaganza der Toiletten aufnimmt, denn seine Vorgänger geführt haben. Diejenige Beurteilung der Moden, die bisher das größte Aufsehen erregte, war die, die Pius X. vor dem Kriege gegen die neuen Tänze und besonders gegen den Tango erließ. Pius XI. wendet seine Aufmerksamkeit weniger den Tänzen als den Kleidern zu, und er begann seinen Kriegszug während eines Empfanges, der im Vatikan für die römische Aristokratie stattfand. Er wendete sich an die versammelten Damen und bat sie, mit allen Kräften gegen die jetzt herrschende Mode aufzutreten, die er für "sandalös und unanständig" erklärte. Es ist bekannt, daß der Papst gerade in diesem Punkte sehr streng denkt; andererseits hat er die höchste Meinung vom Werte der Frau und hat sich nicht zu dem Glauben begeben, daß in dem Ringen der Menschheit um eine höhere moralische Verbesserung die Frau ein mächtiger Faktor sei. Er glaubt deshalb, daß er unwürdige Stellung für eine Schmach, die die Frauen selbst nicht dulden dürften. Als Erzbischof von Mailand sagte er einst: "Frauen sind eine mächtige Kraft für das Gute. Die wenigen schwachen Frauen, die sich durch ihr Auftreten der Allgemeinheit besonders sichtbar darstellen, geben Jüngern Gelegenheit zu billigen Mähen und verleiten dazu, Schmutz auf die Frauen im allgemeinen zu werfen. Aber eine Welt ohne den veredelnden Einfluß der Frau ist ein Gebirge, so furchtbar, daß man ihn gar nicht denken mag. Die Frauen sollten nicht dulden, daß einige wenige unter ihnen sie alle in einen schlechten Ruf bringen, und die Kirche muß alles tun, was in ihrer Macht steht, um zu verhindern, daß die wenigen Schlechten die vielen Guten anstecken."

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 5. April 1922.

**Die Abreise der deutschen Delegation.**  
X Berlin. Die deutsche Delegation für Genua wird am Sonnabend im Sonderzuge von Berlin abreisen und Sonntag abend in Genua eintreffen.

**Die Antwort an die Reparationskommission.**  
X Berlin. Die Antwort der Regierung auf die Note der Reparationskommission vom 31. März wird noch im Laufe dieser Woche abgehen. Der Inhalt der deutschen Antwort wird im wesentlichen den Erklärungen entsprechen, die der Reichskanzler im Reichstag abgegeben hat.

**Der Berliner Wälfischereifreie beendet.**  
X Berlin. Unter dem Vorsitz des Demobilisationskommissars wurde gestern zwischen den seit 13 Wochen streikenden Berliner Wälfischern und den Arbeitgebern der Schiedspruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Durch den Schiedspruch, der den Ausständigen einen Arbeitslohn von 800 Mark wöchentlich zubilligt, hat der Streik endlich sein Ende gefunden.

**Von der USPD zur SPD.**  
X Berlin. Wie der "Vorwärts" mitteilt, haben die beiden aus der USPD ausgeschiedenen Berliner Stadträte Brühl und Schöning beim Berliner Bezirksvorstande der SPD um Aufnahme in die Partei nachgesucht. Die Aufnahme Brühls, der Reichstagsabgeordneter ist, würde seinen Eintritt in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Folge haben. — Wie das Blatt weiter hört, ist als Nachfolger Silberlings in der Redaktion der "Freiheit" Dittmann in Aussicht genommen.

**Eisenbahnunfall.**  
X Bamberg. Bei Köttenrieden entgleiste ein Güterzug. Mehrere Wagen liegen quer über dem Geleise. Die Ursache ist der Verfall der Schienen an der Durchfahrt bedingt und trifft erst mit großer Verspätung ein. Die Ursache des Unglücksfalls ist noch unbekannt.

**Dr. Benesch über die Genueser Konferenz.**  
X Prag. (Tschechoslowakisches Pressbüro.) Ministerpräsident Dr. Benesch, der heute nach Genua abreist, ersticht gestern im Ausschusse des Abgeordnetenhauses für auswärtige Angelegenheiten und berichtete über die Aufgaben

der Konferenz von Genua. Er führte aus, die gegenwärtige Lage sei durch die zerschmetternden Folgen des Krieges entstanden. Es sei natürlich und logisch, daß sich die Konferenz nicht mit den Friedensverträgen befassen könne. Die Aufwertung dieser Frage würde die Konferenz nicht zum Ausgangspunkt der Rekonstruktion machen, sondern die völlige Herstellung Europas herbeiführen. Großmächte vom Range Frankreichs, Englands und Deutschlands müßten Differenzpunkte, wie es die Reparationen sind, vor allem unter sich selbst ausmachen.

Der Ministerpräsident behandelte die Hauptprobleme der Reparation Europas. Das erste sei die Rekonstruktion Rußlands und die Aufknüpfung von Beziehungen mit ihm. Diese Frage lasse sich, wie Lloyd George richtig sehe, nur in recht ferner Zukunft einer Lösung zuführen. Der praktische Plan der Wiederaufrichtung Rußlands sei folgender: 1. Liquidierung der alten russischen Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit, d. h. der öffentlichen und privaten Schulden des früheren russischen Kaiserreichs, 2. Errichtung einer ständigen Kommission zur Kontrolle dieser Verbindlichkeiten mit Abgrenzung ihrer speziellen Rechte, 3. Prüfung der Frage, bis zu welchem Maße und unter welchen Rechtsnormen und Bedingungen fremdes Kapital in Rußland angelegt werden kann, ferner der Frage der persönlichen Sicherheit der Ausländer, der Konsularrechte und -gerichte und der Gültigkeit ihrer Urteile sowie des Problems der Beteiligung fremder Verträge, gegebenenfalls gemischt, an Streitigkeiten zwischen Rußen und Ausländern, 4. die Methode der praktischen rekonstruktiven Arbeit auf dem Gebiet Rußlands. Dieses Programm sei mehr wirtschaftlicher Natur. Es werde darüber wohl leicht zu einem Einvernehmen mit Sowjetrußland kommen. Weniger leicht werde dies in rein politischen Fragen sein, namentlich in der Frage der rechtlichen Anerkennung Rußlands.

Der zweite Hauptpunkt der Konferenz sei das Problem der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen und geschäftlichen Lebens überhaupt und in Zentraluropa im besonderen. Ziel konkreter Arbeit sei von den Sachverständigen der Alliierten in dieser Frage nicht geleistet worden, jedoch vorläufig Kommissionsarbeiten vorbehalten bleiben. Ueber das Salutarproblem herrsche die einmütige Auffassung, daß künstliche Maßnahmen zur Lösung des Problems nicht zum Ziele führen, ja schädlich wirken würden.

Die dritte große Aufgabe der Konferenz sei der Versuch, zwischen den ehemals feindlichen Staaten und den Neutralen zum ersten Male nach dem Kriege direkte Beziehungen herzustellen und eine europäische Interessengemeinschaft zu errichten und die jetzt noch bestehende Kriegsblockade aus der Welt zu schaffen. Es sei bedauerlich, daß die Vorarbeiten der Konferenz nicht soweit fortgeschritten seien, wie es wünschenswert sei, und daß die definitive Lösung des Reparationsproblems wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erfolgt sei. Die tschechoslowakische Delegation gebe nach Genua ohne Befürchtungen, aber auch ohne übertriebene Hoffnungen. Wenn wir, so schloß Benesch, in unseren Erwartungen bescheiden sind, werden wir wahrscheinlich bestimmte positive Ergebnisse wirtschaftlichen und finanziellen Charakters erzielen, die vielleicht auch zum Wohle gereichen werden und die für uns wie für die übrige Welt einen Erfolg bedeuten.

**Sturmfluten in Süddeutschland.**  
X Karlsruhe. Ein in ganz Süddeutschland herrschender Sturmflut hat an Drabsteinungen und Bahndämmen großen Schaden angerichtet. Infolge der im Gebirge liegenden ungeheuren Schneemassen, die zum Teil eine Höhe von 1 bis 1 1/2 Meter haben, besteht Hochwassergefahr. Alle Bäche und Flüsse zeigen starkes Anschwellen. Der Rhein ist in der vergangenen Nacht über einen Meter gestiegen; der Neckar ist bei Mannheim bereits über die Ufer getreten.

**Die Sachleistungsabkommen.**  
X Paris. (Havas.) In der Mitteilung der Reparationskommission heißt es: Die Reparationskommission hat eines ihrer Mitglieder beauftragt, in Begleitung von Vertretern der beteiligten Dienststelle mit den alliierten Regierungen, die auf Reparationen Anspruch haben, zu verhandeln, um den Geschäftsgang für die durch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles vorgesehene Sachleistungen zu vereinfachen. Die Verhandlungen führten zu einem Uebereinkommen, das in Berlin am 27. Februar 1922 fertig gestellt wurde und der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Ferner haben die französische und die deutsche Regierung in Berlin am 15. März 1922 einen Abkommensentwurf fertiggestellt, welcher Frankreich erlaubt, im Rahmen des Wiesbadener Abkommens vom 6. Oktober das in Berlin am 27. Februar fertiggestellte Projekt zu benutzen. Im Verlauf ihrer Sitzung vom 31. März hat die Reparationskommission folgende Entschlüsse gefaßt:  
1. Wenn auch das Abrechnungsverfahren bei der Reparationen durch den Friedensvertrag und die besonderen Bestimmungen der Reparationskommission geregelt wird, so

ist doch letztere geneigt, die Einzelabkommen zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen zur Kenntnis zu nehmen, vorausgesetzt, daß diese Abkommen ihr zur Kenntnis gebracht werden, und daß die Kommission Abänderungen vornehmen kann, die sie für erforderlich hält.

2. Die Kommission nimmt Kenntnis von dem Wiesbadener Protokoll vom Oktober 1921 unter dem Vorbehalt, daß die Rechte der auf der Konferenz der alliierten Finanzminister nicht vertretenen Mächte gewahrt werden, und daß die französische Regierung die Maßnahmen, die sie für wünschenswert hält, ergreift, um aus dem Abkommen vom 15. März Nutzen zu ziehen.

**Ablehnung der einjährigen Dienstzeit in Frankreich.**  
X Paris. Die Kammer hat am Dienstag mit 314 gegen 227 Stimmen einen Antrag für die einjährige Dienstzeit beim Militär abgelehnt. Die Widerheit, die sich für die einjährige Dienstzeit ausgesprochen hat, ist auffallend groß.

**Angst vor einem Umsturz Lloyd Georges.**  
X Paris. Der "Times" glaubt aus der Rede Lloyd Georges im Unterhause am Montag schließen zu müssen, daß in Genua das Reparationsproblem doch zur Sprache gebracht werden könne, und äußert deshalb seine lebhafteste Beunruhigung. Würde Lloyd George seine am Montag vertretene Ansicht beibehalten, dann würde er darin mit der deutschen Abordnung in Meinungsverschiedenheiten geraten. Es sei aber kaum anzunehmen, meint das Blatt, daß Lloyd George tatsächlich derartige Meinungsverschiedenheiten aufkommen lassen werde. Deshalb müsse die französische Abordnung alle Energie und Wachsamkeit aufbieten, um die Rechte Frankreichs zu vertreten. Lloyd George werde fraglos den Versuch machen, die Reparationsbeschlüsse revidieren zu lassen. Seine Rede habe gezeigt, daß man ihn von diesem Gedanken nur abbringen könne, wenn Frankreich seine Forderungen energisch verteidigen werde.

**Die Erfolge der Türkei.**  
X Konstantinopel. Marschall Fiset Wolfo, der gestern nachmittags nach Konstantinopel zurückgekehrt ist, erklärte Leitungsberichterstatern, er sei mit den Ergebnissen seiner Mission zufrieden. Die Haltung der Mächte, sagte er, hat sich seit dem letzten Jahre sehr geändert. Ihre Vorschläge sind ein großer Schritt vorwärts. Die Türkei kann hoffen, daß sie alles, was sie wünscht, auf der nächsten Konferenz erreichen wird.

**Rußland, das weiße Stück Papier.**  
X London. Aus New-York wird gemeldet: Der frühere Gouverneur von Minnesota, Landon, der am Dienstag von einer wirtschaftlichen Studienreise nach Europa zurückgekommen ist, erklärt, daß die Konferenz von Genua bestimmt ein Mißerfolg sein werde, wenn man alle Hoffnungen auf Rußland setzt. Rußland werde vielleicht während eines Jahrhunderts eine wirtschaftliche Null sein. Die Welt müßte sich dann gewöhnen, Rußland zu vernachlässigen und auf die Weltkarte statt Rußland ein weißes Stück Papier legen. Dann werde die wirtschaftliche Aufrichtung der Welt rascher vor sich gehen.

**Sport.**  
**Judo.** Die Judo-Sport-Verein e. V. Die schon wiederholt mitgeteilt, steht die norddeutsche Weitemannschaft bereits Ende April vor schweren Kämpfen um die Kreismeisterschaft und die Zugehörigkeit zur Liga. Es gilt dazu wohlgerüstet zu sein. Nochmals bietet der kommende Sonntag der Mannschaft Gelegenheit, ihre Kraft im Kampfe gegen eine gute Namannschaft zu stellen. Abichtlich wurde der Gegner diesmal aus dem Chemnitzer Kreise genommen, um einen Maßstab für die Spielstärke der Liga-Klasse zu erhalten, die für ein etmaliges Aufsteigen des Judo-Sportvereins in Frage käme. Die Liga des V. f. J. Chemnitz, die am Sonntag unser Gast sein wird, steht in ihrer Klasse an dritter Stelle hinter den beiden um die Meisterchaft der Liga fast gleichwertig kämpfenden Mannschaften des Chemnitzer Ballspielklubs und der Teutonia. Man darf daher eine ziemlich Spielstärke der Chemnitzer Gäste voraussetzen. Ueber die letzten Spielergebnisse des V. f. J. teilte uns dieser das Folgende mit: Liga V. f. J. — Liga-Kreismeister 1922 C. V. f. J. Chemnitz 2:2; Liga V. f. J. — Ligatreismeister 1921 Sturm-Chemnitz 2:1; Liga V. f. J. — Liga National-Chemnitz 0:0; Liga V. f. J. — Liga Bruchem Chemnitz 3:1 und 1:1. Wie schon aus vorstehenden Ergebnissen hervorgeht, verfügt die Elf über eine vorzügliche Hintermannschaft, wohl die beste von Chemnitz. Der H. S. Sturm hat darum eine schwere Aufgabe.

**W. f. J. e. V.** Am Donnerstag trägt die 2. Elf nachmittags 6 Uhr auf unserem Platz ein Gesellschaftsspiel gegen Landespolizei aus.

**Handball.** Im Ausschleibungs spiel der Saugruppen Teutonia, der auch der 8. H. C. G. angehört, standen sich vergangenes Sonntag in Wurzen W. T. W. Wurzen und W. T. W. Meisa gegenüber. Sieger blieb W. T. W. Wurzen mit 5:1, der nunmehr zur Teilnahme an den Zwischen spielen um die Kreismeisterschaft im 14. Turnkreis berechtigt ist.

### Tann von Schöllnbach.

Ein Börsenroman von Bar-Runkel.

Wie der Telegraphen-Ingenieur dem August mitteilte, hatte der junge Herr noch mit ihnen zusammen geschlafen; aber niemand wußte, wann er zurückkommen würde. Keller, das Auge beständig am Fernrohr, beobachtete das Anlegen des Dampfers, der sofort einen ganzen Haufen Menschen an Land setzte und mittels der zwei Dampfkrane die Ladung aus dem Schiffsraum zu löschen begann. Die Offensivende kam heran, ohne daß sich Tann auf dem Observatorium hätte blicken lassen. Es war unverzüglich Keller und der Telegraphengehilfe flogen herunter, und dieser fand zu seinem größten Erstaunen den Grafen auf dem Achterdeck sitzend, ruhig einen Roman lesen und auf das Gong warten.

"Haben Sie denn meine Postkarte nicht erhalten?", fragte Keller.

"Ja, schon vor ein paar Stunden. Der Majah' ist also heringekommen, was? Das ist ja äußerst interessant! Es wird Sie übrigens freuen, Keller, daß ich heute ein außerordentliches Jagdglück gehabt habe!"

"So? Das ist, wie Sie zu bemerken beliebten, äußerst interessant," versetzte Keller trocken. "Ich hatte allerdings angenommen, daß Sie sofort auf unseren Hügelstein heraufgekommen wären, falls Sie meine Werbung zeitig genug erhalten hätten."

"Es tut mir sehr leid, daß ich Sie enttäuscht habe, Peter; aber sehen Sie, wenn ich einen guten Mann irgendwohin gestellt habe, dann mische ich mich nie in seine Angelegenheiten. Ich wäre droben ganz überflüssig gewesen, und hier unten ist es viel gemütlicher."

"Sie wären jedenfalls sehr erstaunt über die Masse Menschen gewesen, die der Majah' gelandet hat. Jedenfalls genug, schätze ich, um kurzen Prozeß mit uns allen zu machen, wenn sie uns finden."

"Ne, dann wollen wir also hoffen, daß sie uns nicht finden, Peter!"

"Sie haben auch schon eine ganze Reihe Jelle aufgestellt und bereits um ein Uhr mit den Sprengungen begonnen."

"Sie scheinen also keine Zeit verlieren zu wollen, was?"

"Nein, allerdings nicht! Wie ich bemerkte, haben sie auf beiden Masten Scheinwerfer eingerichtet, mit denen sie wahrscheinlich das Arbeitsfeld beleuchten wollen, und ich nehme daher an, daß sie Tag- und Nachtsichten einrichten werden."

"Energische Leute gefallen mir ganz ungemein," bemerkte der Graf bewundernd. "Wenn eine Drabsteinbahn auf die Spitze Ihres Hügel's führte, so würde ich mir einen Sessel hinaufschaffen lassen, nur um das Vergnügen zu haben, ihnen zuzusehen zu können. Was, das Gong! Gott sei Dank! Ich habe heute ein paar Vögel geschossen, die Ihnen gewiß sehr schmecken werden."

"Danke schön! Aber ich möchte nur um ein paar belegte Brote bitten! Ich steige wieder hinauf auf mein Observatorium. Wir haben die Masten mit Vorwürfen noch nicht angebrochen. Ich muß mich davon überzeugen, ob diese Menschen wirklich die Nacht durch arbeiten."

"Lassen Sie sich raten, Peter, und bleiben Sie hier! Schlafen Sie ruhig in Ihrem bequemen Bett; denn wer gut schläft, der lebt lange!"

"Ich steige wieder hinauf!" entgegnete Peter.

"Oho, ich weiß wohl, wo Sie hinauswollen! Sie wollen mich dazu zwingen, Ihnen doppeltes Gehalt zu bezahlen für Tag- und Nachtarbeit, oder vielleicht reizt es Sie auch, den Masten da drüben auf den Goldsteinern an Energie nachzuelfern! Aber lassen Sie sich mir zuliebe überreden und nehmen Sie eine gute Mahlzeit zu sich, die bereits auf Sie wartet! Die belegten Brote können Sie sich einholen, wenn Sie wollen, um sie während der Nachtwache aufzunehmen, wenn Sie wirklich darauf bestehen, den schuppig heißen Berg noch einmal hinaufzusteigern!"

Keller schüttelte ablehnend den Kopf.

"Ich muß Sie wirklich bitten, Peter, daß Sie sich überreden lassen, denn wenn Sie guten Worten kein Gehör geben, so muß ich es Ihnen drehten, und wenn

Sie sich dann noch weigern, dann muß ich Sie in Ketten legen lassen. Ich will nicht Ihre Wege in Afrika einen ganzen Tag herumirampeln, um es zu erleben, daß Sie abends nach meiner Heimkehr meine Jagdbeute verschmähen."

"Aber ich will Ihnen trotzdem mein Entgegenkommen beweisen," fuhr der Graf fort. "Sie brauchen sich für heute abend nicht in Toilette zu werfen; lassen Sie sich durch den Klang der übrigen Tischgäste nicht ansprechen, sondern widmen Sie sich nur dem Essen, von dem ich zuversichtlich erwarte, daß Sie es sehr loben werden! Und dann werde ich dem Steward den Auftrag geben, Ihnen ein Paket köstlicher Brote zuzuschicken."

Keller als bezahlter Angestellter mußte sich fügen. Graf Tann führte an diesem Abend den Vorstoß der Tisch und hielt eine glänzende Rede über die Verwerflichkeit des Arbeitens.

"Ich bin durchaus nicht der Ansicht des verstorbenen Roosevelt betreffs eines arbeitssamen Lebens," bemerkte er. "Der Expräsident überließ gänzlich die Lasten, daß die Arbeit dieser Erde als Fluch aufgelegt worden ist, und doch geben sich eine ganze Menge gedankenloser Menschen den Anzeichen, als hielten sie sie für einen Segen. Roosevelt erinnert mich etwas an unseren Keller hier, nur daß er gemütlicher war und mehr Sinn für Humor besaß. Keller, getrieben von seinem Pflichtgefühl und unterstützt von seiner durch Haftergrube erhöhten Muskelkraft, wird heute nacht tatsächlich nochmals diesen steilen Turm von einem Berg hinunterklettern, während wir hier unten gemütlich bleiben und Karten spielen. Daraus wird er ein Gefühl der Ueberlegenheit schöpfen, das zu verderben er nicht imstande sein wird. Ich habe immer Sympathie für die Leute gehabt, die den Krisstides vertrieben haben, dem sie den Gerechten nannten."

(Fortsetzung folgt.)



## Bereinsnachrichten

**Bund der techn. Angestellten.** Donnerstag, 6. 4., abends 8 Uhr Verlammlung Sächsl. Hof. **Verein Reintrentner, Riesa.** Freitag nachm. 4 Uhr Monatsversammlung im Café Müllers. **Stenographenverein Gabelberger, Gröba.** Freitag, 7. 4., abends 8 Uhr Monatsversammlung im Café Edelweiß. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

## Deutschnationale Volkspartei

**Ordnungsübungen und Umgegend.** Freitag, 7. April, abends 8 Uhr **Generalversammlung** im Gasthof Glaubitz. Alle nationalgefühnten Männer und Frauen werden hierdurch herzlich eingeladen. Der Vorstand.

# Speisesalz.

Heute sind 300 Zentner Speisesalz eingetroffen und empfiehlt nur sennerweise

**S. Grubbe, Bismarckstr. 35a, Telefon Nr. 652.**

## Bettwäsche

wie bestickte Garnituren

in prachtvollen Qual. und Ausführ., sowie Tischtuch, Stangenleinen, Linon **Buntes Bettzeug etc.**

Kaufen Sie nach wie vor zu bekannt billigen Preisen nur bei

**Langermann, Dresden**

Gr. Bräuers. 9 L.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche, Ehrungen und Geschenke sagen wir, zugleich im Namen unserer lieben Eltern **herzlichsten Dank.**

**Lichtensee, Martha geb. Schurig.**

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Ehrungen und Geschenke sagen wir unsern **herzlichsten Dank.**

**Celsh, April 1922. G. Wagner und Frau.**

Statt Karten. Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlich.

**Gröba und Leipzig, 2. April 1922. Paul Küba u. Frau Martha geb. Bugl. Familie Bugl.**

**Trauerbriefe** und Karten werden in kürzester Zeit geliefert von der **Tageblatt-Druckerei Riesa, Goethestr. 59.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Kindes

## Waltraut

sagen wir allen unseren innigsten Dank. **Borik, 4. 4. 1922. Martin Straube und Frau.**

Für die liebevolle Teilnahme, den zahlreichen Blumenbesuch und Beteiligung beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen, des Privatens

## August Sennig

sagen nur hierdurch innigsten Dank. **Riesa, 5. 4. 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.**

Für die zahlreichen Beweise der Liebe, Ehrung und Anteilnahme bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des

## Herrn Robert Preiß

sagen wir allen hierdurch unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Firma G. Menzel und deren Arbeiter für die reichliche Unterstützung bei der Ueberführung, ferner Dank dem Glasarbeiter-Gesangsverein für den schönen Gesang. Dank auch für die kirchlichen Trostesworte am Grabe. Dies alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan. Du aber, lieber Vater, ruhe sanft. **Riesa, 4. 4. 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Kindes **innigsten Dank.**

**Weida-Lungenau, 2. 4. 22. Erich Prähant und Frau Else geb. Blato.**

**Möbl. Zimmer** in Riesa ob. nächster Umgebung zu mieten gesucht. Offerten unter Z X 8698 an das Tageblatt Riesa.

**Möbl. Zimmer** für sofort gesucht. Offerten unter Z X 8687 an das Tageblatt Riesa.

**Möbliertes Zimmer** von besserem Herrn sofort gesucht. Angeb. u. Z W 8697 an das Tageblatt Riesa.

Für 14 jähr. Mädchen, welches zu mieten in Riesa die höhere Schule besucht, wird **Pension** in best. Hause gesucht. Angebote an Kömisch, Goethestr. 44, 2. erbeten.

**10-15000 Mark** von jungem streb. Mann auf einige Monate gegen gute Zinsen u. Sicherheit zu leihen gesucht. Offerten unter Z Y 8698 an das Tageblatt Riesa.

**Zuche für m. Tochter, w. Eltern die Schule verläßt, Stellung auf arch. Gut u. Erlernung d. Haushalts. Werte 20, unt. Z U 8696 an das Tageblatt Riesa.**

**Größ. Schulmädchen** für einige Stunden Mittwochs u. Sonnabends gef. Su erst. im Tagebl. Riesa.

**14-16 jähriges Mädchen** welches Lust zur Gartenarbeit hat, findet gute Stellung bei kinderl. Ehepaar in Lommahs. Näh. bei Frau Vietta, Riesa, Goethestr. 10.

**Ehrl. fleißiges Mädchen** für Küche u. Haus für sol. bei gutem Lohn gefucht. **Wittorfabrik Gramatz, Eikertwerda.**

**Junges Mädchen sucht möbl. Zimmer** ob. Schlafstelle. Off. unt. Z Z 8700 an das Tagbl. Riesa.

**Verteigerung.** Freitag, 7. April, von vorm. 10 Uhr an, kommen durch Unterzeichneten wegen Geschäftsaufgabe in der früheren Wollkammer (Grenzlerhaus) folgende gebrauchte Gegenstände zur freiwilligen Verteilung, als: 2 Kolonnen, 2 Sofas, Schränke, Tische, Tafeln, Stühle, Bänke, 2 Messerputzmaschinen, 2 Handwagen, Korbflechten, Fächer, Bilder, neue Scheuerbärten u. v. a. m. **Riesa, Röderstr. 11. Paul Jähnia Auktionator und Taxator.**

Infolge der allgemeinen Teuerung sind laut Beschluß des letzten Verbandstages in Dresden unsere Mitglieder verpflichtet, ihre Donatoren beträchtlich zu erhöhen. **Allgemein. Sächsischer Tanzlehrer-Verband** in Dresden. **Der Vorstand.**

**Perferteppiche** große und kleine Stücke zu hohen Preisen aus Privat zu kaufen gesucht. Ausführ. Angeb. an **Randel, Dresden-N., Neugasse 11.** Komme überall hin.

**Kukirol** beseitigt schnell sicher und schmerzlos **Höhneraugen** Hornhaut, Schwielen, Warzen In Apotheken u. Drogerien erhältlich. **Central-Drogerie Oskar Förster.**

**Kinderwagen** Promenaden- u. Klappwagen, **Velterwagen** empfiehlt in großer Auswahl **- Oskar - untere Streblauer Str. Hermann Krause.**

**Schwefelsaures Ammoniak** Kalisalze, **Amint** sofort ab Lager ferner **Knochenmehle und Thomasmehl** aus in den nächsten Tagen eintreff. Waggons empfehlen **A. G. Hering & Co., Riesa.**

Besonders vorteilhafte Gelegenheit. **Perfer-Teppiche** für Herren- und Speisezimmer, hervorragend schöne Stücke, darunter **Gucharras, Porzellan, Sumak** usw., noch ganz außerord. preiswert. **F. G. C. Bräutigam, Ferdinandstr. 9.**

**Gesichts-Gauchlag** rein färben keine grauen Haare durch Anwendung von Restoren Daarfärbewiederhersteller **Su haben bei Kurt Sech, Riesa, Wettinerstraße 11.**

**Schafwolle** Rob. u. Rubbaare kauft zu höchsten Preisen **Otto Weissner** Sellhandlg., Altmarkt 3.

**Ein Schulmädchen als Aufwartung** zum 1. Mai gesucht. **Dr. Thoma, Hauptstr. 3, 2.**

**Aufwartung** für den ganzen Tag zum 15. April ab. wirt. gefucht. **Su erst. im Tagebl. Riesa.**

**Ein Hausmädchen** bei hohem Lohn und guter Behandlung wird sof. gef. **Frau Hilma Kühne, Lommahs, Döbelner Straße 14.**

**Bugarbeiterin** f. sof. gef. **Red. Deneft.** Suche per sofort ebrlichen **Laufjungen.** Buchhandlg. Joh. Ziller, Hauptstr. 79.

**Kraftiger junger Mann,** welcher Lust hat das **Müllerhandwerk** zu erlernen, findet gutes Unterkommen. Off. u. Z Y 8699 an das Tageblatt Riesa.

**Pferdejunge** im Alter von 18-22 Jhr. gesucht. **Mühlentwerke Celsh bei Riesa.**

Suche für sofort **ledigen Pferdebedienten**. **Inspektor Bohse, Bauhof.**

**Geschäftliche und private** Druckfachen aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von **Tageblatt-Druckerei Riesa, Goethestr. 59.**

**Zwei weisse Saanen-Hühner** zur Zucht passend, verkauft **Brommisch Nr. 6.**

**Zwei Jahr alles Fohlen** zu verkaufen. Su erfragen im **Tageblatt Riesa.** **Zu hand zu verkaufen Langenberg Nr. 27.**

**Berglütung** bemien, welch mit ein **Piano od. Flügel** mit Beschreibg. nachweist. Gegenforts. Barzahlung gefucht. **Tienel, Dresden, Güterbahnhofstr. 12, 1.**

**Klaviere** werden frisch gestimmt **Su erst. bei Franke, Hotel Wettiner Hof.**

Suche zu kaufen **2 gebr. Kleiderchränke** Angebote erb. u. Z H 8683a an das Tageblatt Riesa.

**Gebr. Herrenrad** mit doppelt. Ueberführung zu kaufen gefucht. Offerten unter Z T 8694 an das Tageblatt Riesa.

**Dkl. Bordenhut** neu, für 160 Mk. zu verk. **Su erst. im Tagebl. Riesa.** **1 fast neu. Damen-Toumerhut, 1 neu. Herrenhut** (Gr. 56), preisw. zu verkaufen **Wettinerstr. 28, 1.** **Handwagen z. verkaufen** **Gröba, Uhlemannstr. 7** **1 zerlegbar. Säbnerhals, 5 Regenschirme und Pahn** preiswert zu verkaufen **Goethestr. 59.** **Hobelbank** mit oder ohne Werkzeug sucht zu kaufen **Mig. Riedel, Röderstr. 18, Flügel B, Haus 14.** **Wardenshaumen-Bäume** verkauft **Triebke, Lommahs, Post Lommahs.**

**Wannen** Eimer - Töpfe **Schüsseln** Milchtrüge emailliert. **G. Degenkolbe Nachf.** Hauptstrasse 14.

**Günstige Gelegenheit!** **Fahrrad - Mäntel** 120, 135 Mk. **Gebirgsmäntel** 185 Mk. **Regenmäntel** 85 Mk. **Wedalet** 85-100 Mk. empfiehlt **Paul Schieritz** Glaubitz.

**Felle aller Art** wie **Rub., Kalb., Schaf-, Biege-, Fiesel- und Kanin-** felle sowie alle Arten **Wildfelle** kauft zu höchsten Preisen **Otto Meißner** Sellhandlg., Altmarkt 3.

**Gänsefedern!!** Empfehle noch besonders billig. Preise verschiedene Sorten **Schleiffedern.** **Albert Haberecht** Rödera, am Bahnhof. Telefon 516.

**Handwagen** (Wetter-, Kasten- u. Tafelwagen), sowie **Erstfahräder**, solide Bauart, in allen Größen, **ausgerh. Preisen.** **B. Spengler** Wilhelmstr. 6 gegenüber Kaiserhof.

Infolge der fortwährenden Steigerung der Unterhaltungskosten sind wir gezwungen, die Preise für **Sandstrachten** auf **18 Mark pro Stunde** festzusetzen. **Bereinigtes Hausflächter** u. Riesa, Oskar, Mügel, **Strehla und Umgegend.**

**Grüne Seringe** frisch eingetroffen empfiehlt **Wiel, Zeitbahn.** **Morgen Donnerstag früh** **H. Belgoländer Schellfisch** u. **Goldbarsch.** **Clemens Bürger.**

Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben unvergesslichen und treuherzigen Mutter, Frau **Amalie verw. Stieler** drängt es uns, allen, die uns während und nach ihrer langen Krankheit mit Wort und Trost so reich unterstützt haben und für den schönen Blumenbesuch beim Begräbnis unseren herzlichsten Dank auszusprechen. **Merzdorf, 5. April 1922. Die tieftrauernden Kinder und Angehörigen.**

Es ist bestimmt in Gottes Hat, daß man vom liebsten, was man hat, **Muth** scheidet. **Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.**

In unserer Einladung zur Generalversammlung in gekürzter Nummer d. Bl. ist nachstehende Ergänzung bezw. Aenderung notwendig:

**Pinter Punkt 1** der Tagesordnung ist am Schlusse zu lesen: **Su diesem Punkt der Tagesordnung wird neben dem Beschluß der Generalversammlung je ein in gesonderter Abstimmung zu fassender Beschluß der Stammaktien und der Vorkursaktien herbeigeführt.** **Pinter Punkt 3** der Tagesordnung im letzten Absatz ist das Datum 23. April abzuändern in: **22. April.**

**Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz** **Riedel & Co., Aktiengesellschaft.**

## Nachruf.

Am 3. d. M. verstarb nach kurzem Kranklager unser **Brennmeister**

# Herr Friedrich Voigt.

Mit dem Verstorbenen ist wieder ein treuer, langjähriger Mitarbeiter dahingegangen. Ausgestattet mit hervorragenden Charaktereigenschaften und gründlichem Wissen hat der Verstorbene nicht nur mir, sondern auch meinen Vorgängern seine treuen Dienste geleistet; denn nur wenige Monate noch, und dem Dahingegangenen wäre es vergönnt gewesen, sein 40jähriges hiesiges Brennmeister-Jubiläum zu feiern. Ich rufe dem Dahingegangenen ein herzliches „Habe Dank, du treuer Mann, für deine langjährige Mitarbeit“ nach, und wenn dich auch nun der grüne Rasen deckt, dein Name wird unvergessen bleiben.

**Rittorgut Göhlis, am 5. April 1922. Lehmann, Administrator.**



# Die Steuerentwürfe vom Reichstag angenommen.

Eine Rede Dr. Hermes. — Erregte Beschäftigungsdebatte. — Der Reichsminister des Innern über die Stärke der Schutzpolizei.

## Deutscher Reichstag.

Mitb. Berlin, 4. April.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge. Auf eine Frage des Abg. Dr. (D. P.) wird rechnerisch festgestellt, Reichsminister a. D. Dr. Schiffer sei zu Verhandlungen mit Polen beauftragt, um die Rückgabe des rechtselbigen Teiles des Kreises Rastow an Deutschland zu erwirken.

Die Regierung läßt erwidern, daß der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr diesen Dingen nachzugehen, die Ermittlungen seien aber noch nicht abgeschlossen.

Auf eine Anfrage des Abg. Adams (D. P.) wegen Erziehung eines Schubobmannen in Gomborn durch einen belaischen Offizier gibt ein Regierungsvertreter eine genaue Schilderung des Sachverhalts, wonach der deutsche Schubobmann ohne Grund von einem belaischen Volksgenossen erschossen wurde. Die Regierung hat sich in der Sache nicht äußern können, weil schon der Umstand, daß der erschossene Beamte Schmelzer noch die allgemeine Rente in der Gemeinde hatte. Die Angelegenheit ist der belaischen Regierung im Zusammenhang mit dem zwei Tage später erfolgten belaischen Vorfall in Gomborn mitgeteilt worden, dem ein belaischer Offizier zum Opfer fiel. Der deutsche Beschäftigte hat dabei betont, daß die deutsche Regierung des Einverständnisses der belaischen Regierung sicher zu sein glaube, daß beide Fälle nach den Grundsätzen des Völkerrechts und des internationalen Rechts zu erledigen seien.

### Es folgt die 3. Beratung des Mantelgesetzes zu den Steuerentwürfen, welches auch die Abwandsanleihe einschließt.

Abg. Dr. Gieseler (D. P.) hält an der ablehnenden Antwort seiner Partei auch in dritter Lesung fest, zumal die Behauptung, die Abwandsanleihe zur Deckung eines Teiles der Kontributionen und Reparationen zu verwenden, noch ungeklärt worden seien. Diese Vorkasse würden unsere Leistungsfähigkeit überfordern und wir hätten unsere Verpflichtungen nicht erfüllt. Ein Eintrag in die Vermögenskonten sei im Verhältnis Friedensvertrag nicht gefordert worden. Somit hätten wir die Mittel, den letzten Schuß gegen die Verfassung des deutschen Volkes, der im Schutze des privaten Eigentums zu erblicken sei, zu verteilen. Auch die Deckung auf eine angemessene Anleihe könne uns nicht lere machen. Selbst im laienhaften deutschen Volk hätten sich leider Leute gefunden, die öffentlich eine Reparationsanleihe forderten. Darin sehe er die offene Tür für Abwandsanleihe in die deutsche Wirtschaft. Seine Partei fasse ihre Oppositionshaltung in dem Sinne auf, daß sie der Regierung nicht in den Rücken falle, sondern sie stärken wolle.

Abg. Eisenberger (D. P., Bauernbund): Dadurch, daß man den Ländern in Weimar die Steuerhoheit annehmen hat, ist die Reichsverschuldung gefördert worden. Die Industrie arbeitet noch immer mit großen Gewinnen. Sie kann noch eine Belastung vertragen, nicht aber der Landwirtschaft. Aus der Rennpferdesteuer kommt doch nur ein Pappentheil heraus, es wäre besser, wenn wir statt der Rennpferde Steuer und Schenk Steuer (Weiterer). Sollen wir diese Besteuerung die letzte, damit wir wieder aufbauen können.

Abg. Goldmann (Unabh.) nennt das Mantelgesetz einen Wechselhaß mit allen den Feindern, die bei einem Ansturm zwischen Großkapitalisten und Arbeitern innerlich sind. Das Gesetz ist völlig unzureichend und schafft für die großen Vermögen wie für den ländlichen Grundbesitz neue Privilegien. Wir lehnen das Gesetz ab.

Abg. Fröhlich (Komm.) verweist auf die durch das Gesetz hervorgerufene neue Verschärfung fast sämtlicher Verbrauchsgegenstände und Lebensmittel und greift namentlich die Sozialdemokratie an, die mit Hilfe und Schwonderarbeit über die Arbeiterinteressen hinweggehe. Das Volk, zur Verwirklichung getrieben, werde noch Kräfte genug haben, seinen Feindern an die Gurgel zu springen.

Abg. Rahmann (Soz.) lehnt es ab, auf den Parrenschaw von Kilometerreden einzugehen. Seine Partei habe mitgearbeitet an den Steuern, um zu verhindern, daß wir in ökonomische oder gar russische Zustände hineinkämen, um den Besitz möglichst zu belassen und um zu verhindern, daß sich unsere Innenpolitik nach rechts entwickle. Die Regierung hat weitestgehende außerpolitische Erfolge gehabt, deshalb dürfen wir sie nicht im Stich lassen, wenn wir auch selbst durch die Steuern keineswegs bedrückt sind. Zudem ist der Bedarf des Reiches durch direkte Steuern allein nicht zu decken. Das sollten auch die Unabhängigen einsehen.

Abg. Dr. Becker-Hess (D. P.) stellt sich mit den Deutschnationalen auseinander und weist nach, daß seine Partei in der Erfüllungspolitik genau so scharf lehnte wie die Deutschnationalen, und die Erfassung der Sachwerte genau so energisch ablehnte, daß sie aber zur Zwangsanleihe als dem äußersten Mittel hätte greifen müssen und daß auch die Deutschnationalen, wenn sie auf der Regierungsbank lägen, zu diesem Mittel hätten greifen müssen.

Abg. Dr. Gieseler (D. P.) hält dem gegenüber an seinem Standpunkt der Ablehnung des Mantelgesetzes fest. Das Gesetz wird jedoch gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der äußersten Linken angenommen.

### Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Der Reichstag hat ein Steuerwerk vollendet, das nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes, sondern in der Weltgeschichte aller Völker das Höchstmögliche aller Völker darstellt, um unserem gemeinsamen Vaterlande den Weg zu ebnen, auf dem es dereinst aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Wirrwah herausgeführt werden kann. Manches Opfer politischer und wirtschaftlicher Art haben die einzelnen Parteien bringen müssen. Ich danke daher im Namen der Regierung allen Parteien, die sich zur Arbeit zusammengelassen haben, auch die Parteien, die geglaubt haben, den Steuern ihre Zustimmung verweigern zu müssen, haben wertvolle Anregungen gegeben. Wäre das Werk die Früchte zeitigen, die wir von ihm erwarten (Zurufe der Komm.). Dem Auslande möge das von einer großen Mehrheit des Hauses getragene Steuerwerk mit Nachdruck zeigen, daß das deutsche Volk bereit ist, seine Verpflichtungen auch in finanzieller Beziehung bis auf die äußerste zu tragen (Beifall). Eine Nachprüfung und Ergänzung der Steuerentwürfe im einzelnen wird freilich nicht ausbleiben können. Dem Abg. Gieseler gegenüber möchte ich betonen, daß die Regierung tatsächlich fest entschlossen ist, die Schuldenlasten der Deutschnationalen abzubauen (Beifall).

Die Abg. Köhnen (Komm.) und Giese (Unabh.) beantragen, da durch die Rede des Ministers die Diskussion wieder aufgenommen sei, in die Besprechung seiner Rede einzutreten.

Es entspinnt sich hierauf eine längere Beschäftigungsdebatte, die immer erregtere Formen annimmt, bis sich der Sturm so gesteigert hat, daß Vizepräsident Dr. Richter kurz nach 6 Uhr die Sitzung abbrechen muß. Die nächste Sitzung soll um 6 1/2 Uhr stattfinden.

Nach Eröffnung der neuen Sitzung wird ein Antrag der Kommunisten, an Stelle des Etats des Innern die Umschreibung über die eben abgeleitete Erklärung der Regierung auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt und die Beratung des

### Etat des Innern

Reichsminister Dr. Röber:

In der französischen Kammer sind Ausführungen gemacht, Deutschland verläge über eine Macht von 250 000 Mann Schutzpolizei. Im Interesse der Wahrheit muß ich dem entgegenstellen. Deutschland hat nach dem Friedensvertrag ein stehendes Heer von 100 000 Mann. Auf der Konferenz von Spa sind uns an Vollaes 150 000 Mann bewilligt worden. Wir haben uns vornehmlich nur 92 000 Mann als Ordnungspolizei in Aussicht genommen, augenblicklich haben wir nur rund 80 000 Mann. (Hört, hört!) Wenn man also in der französischen Kammer ähnlichen Reichswehr und Ordnungspolizei keinen Unterschied machen will, so sollte man auf jeden Fall sich an die richtigen Zahlen halten, die auch der hiesigen Kontrollkommission bekannt sind. Diese 80 000 Mann Schutzpolizei sind in Wirklichkeit mit der Reichswehr garniert zu verwechseln, zumal sie ihres Aufwands mehr militärischen Charakters immer mehr entleert wurde und Deutschland sich in der Note vom 15. 3. verpflichtet hat, von dem Recht der Verstaatlichung weiterer Volkseigentümlichkeiten in einem mit der Kontrollkommission zu vereinbarenden Umfang Gebrauch zu machen, sämtliche Nachrichten- und Kraftfahrzeugformationen aufzulösen, die Kasernierung aufzuheben, die Uniformen nach Abtragen in eine nicht selbstdenkbare Farbe zu ändern, die aus Decretbeständen kommenden Nachrichtenfahrzeuge abzuliefern und sämtliche noch im Besitz der Polizei befindlichen Fahrzeuge mit Probenstein abzuliefern. Ich frage die europäischen Öffentlichkeit, ob die 80 000 Mann Schutzpolizei ersichtbar als eine militärische Bedrohung Frankreichs angesehen werden können. Dazu kommt, daß tief im deutschen Territorium 135 000 bis an die Röhre bewaffnete französische, englische, belgische und amerikanische Soldaten stehen, von denen uns jeder Mann mehr kostet als ein Miniergarn. (Hört, hört!) Unsere Nachbarkräfte haben weit stärkere Polizeikräfte. Deutschland würde lieber heute als morgen schon aus finanziellen Gründen auch auf diese 80 000 Mann verzichten. Wir sind aber durch unerlässliche Lebensnotwendigkeiten dazu gezwungen, sie zu halten. Man zählt in der französischen Kammer auch die Technische Hilfswesen, die Sport- und Regimentsvereine zu unserer Wehrmacht. Wie in England und überall haben sich auch bei uns kameradschaftliche Vereine aus den 4 Kriegsjahren zusammengelassen, sie haben aber mit militärischen Dingen nichts zu tun. Ich bitte aber diese Vereine und ihre Leiter, alle parabolischen Spielereien zu unterlassen, das deutsche Volk leidet darunter. Sollten sie versuchen, militärischen Charakter anzunehmen, so würden sie gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages aufgelöst werden. Auch die Technische Hilfswesen, die anfangs den militärischen Corpsbezirken angegliedert war, hat nichts mit Militär zu tun und die Sportvereine werden sich über die Rolle wundern, die ihnen angedichtet wird. Andererseits bestehen in Deutschland immer noch geheime Organisationen, die den Gesetzen und der Verfassung zuwiderlaufen. Die Reichsregierung bekämpft sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Wären die ehemaligen Gegner Deutschlands bedenklich, so würde die Verantwortung gegenüber ganz Europa treffen würde, wenn sie die Schutzpolizei zerlegen würden. (Beifall.)

Mittwoch nachm. 2 Uhr Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

### Die Beantwortung der Ententnoten.

Wie die „D. Z.“ am Mittwoch“ erfährt, beabsichtigt die deutsche Regierung vor der Genauer Konferenz möglichst alle Noten der Alliierten zu beantworten, so die Note Kollats vom 2. v. M. über die Schutzpolizei. Gleichzeitig will die Reichsregierung, gestützt auf das Vertrauensvotum des Reichstages, die von der Reparationskommission geforderten 60 Milliarden neuer Steuern als unmöglich und mit den anderen Bedingungen als Eintrag in die Souveränität der Nation ablehnen, zugleich aber den Weg zu neuen Verhandlungen offen halten. Diese Note soll sofort fertiggestellt und noch vor der Abreise des Reichsfinanzministers dem hiesigen Vertreter der Reparationskommission übergeben werden.

In der Reichskanzlei fand vorgestern eine Besprechung über die Antwort auf die letzte Note der interalliierten Kontrollkommission über die Schutzpolizei statt. An den Beratungen nahmen auch die Innenminister der Länder teil. Die Antwort auf die Note, über die laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ in der gestrigen Besprechung volle Einmütigkeit herrschte, wird voraussichtlich bereits heute übergeben werden. Wie aus München gemeldet wird, geht die bayerische Regierung mit der Reichsregierung und den übrigen Landesregierungen darin einig, daß die Polizei keine militärische Einrichtung ist und nach dem Friedensvertrage nicht sein darf. Ebenso fest bleibt sie aber mit den übrigen Landesregierungen darauf bestehen, daß die Polizei ein für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung brauchbares genügendes Machtmittel sein und bleiben muß, da dieser Standpunkt die fundamentale Forderung der künftigen Lebensnotwendigkeiten darstellt.

Von zuständiger Stelle in Berlin wird mitgeteilt: Es ist nicht richtig, daß die Reichsregierung mit der russischen Delegation für Genua Abmachungen für ein gemeinsames latvisches Vorgehen getroffen habe. Gestern vormittag fanden zwei Gespräche statt in der Reichskanzlei. Von der argentinischen Regierung ist ein Kreditangebot für Weizen und Fleisch erfolgt. Ob die Verhandlungen hierüber von Erfolg begleitet sein werden, steht noch dahin.

Die Angelegenheit Rapp. Aus Leipzig wird gemeldet: Der erste Strafenrat des Reichsgerichts wies Dienstag die Beschwerde Rapps gegen die Verlegung des freien Geleits ab. Der Antrag auf Verhinderung mit Untersuchungshaft ist damit erledigt.

Wirtschaftsabkommen mit dem Memelgebiet. Im Auswärtigen Amt in Berlin haben gestern Verhandlungen mit Vertretern des Memelgebietes über den Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens begonnen.

### Zwei Vertrauensvoten.

Nach Wirth haben sich nun auch Lloyd George und Poincaré das Vertrauensvotum ihrer Parlamente in den Voller bewacht, den sie nach Genua mitnehmen werden. Tschischerin, der Führer der russischen Delegation, obwohl auch nicht ohne Gedächtnis diese Reise unternehmend, und wie sich im Berliner Hotel Esplanade zeigte, einem westeuropäischen Diplomaten ähnlicher als dem russischen Witschil oder dem unterweltlichen Böllungschöpf, als die diese Bolschewikenführer dieserorts noch betrachtet werden. — Tschischerin, dieses Mitglied eines in sich unerhört konsolidierten Regierungsrates und Vertrauenskörpers, hatte ein spezielles Vertrauensvotum als Reiseinventar nicht anfordern müssen. Aber die beiden Regierungschefs der westeuropäischen Großmächte fühlten dies Bedürfnis so dringend, daß Lloyd George sogar über die alte Tradition des englischen Parlamentarismus hinausging, der nur ein Mißtrauens- und kein Vertrauensvotum kennt. Das sie gesucht haben, ist den beiden Ministerpräsidenten mit großer Mehrheit auch geworden. Und nur die Methoden, mit denen sie die Voten zu erreichen wußten, sind verschieden. Poincaré machte es mit scharfer Entschiedenheit und äußerster Betonung der Standpunkte, die in seinem Parlament die bestechendsten sind. Lloyd George machte es mit Verschömmenheit, mit Vermeidung greifbarer Stellungnahmen, mit möglichstem Vorbeigehen an den verschiedenen außen- und innenpolitischen Gegenständen, die ihm das Gehalt erschweren könnten.

Es ist insbesondere zu sagen, daß das Vertrauensvotum für Poincaré die bekannte Basis der gesamten französischen Weltpolitik darstellt, unveränderlich, unbekanntlich, ungewandelt. Daß aber das Lloyd George'sche Vertrauensvotum eigentlich überhaupt keine greifbare Basis hat, daß er einen Planwechsel auf eine Politik darstellt, deren Ziele und Wege aus den Worten des Premierministers auch nicht im geringsten erkennbar sind. Das ist, daß diese, mag sein, daß jene Witschil hinter ihr stehen. Deutlich wird nicht, daß sie sich nach allen Erfahrungen zu vermuten, daß sich keine Politik einer Idee, keine Politik eines vorläufigen Planes, sondern eine Politik des Kompromisses, eine Politik des geringsten Widerstandes auf diese Rede und diesem Votum aufbaut.

Das mag eine Enttäuschung sein für alle, die sich von Lloyd George's Auffreten in Genua besondere Erwartungen und epochale Unternehmungen erwarteten. Wir haben diese Hoffnungen niemals geteilt, weil sie dem ganzen Wesen Lloyd George's, der kein Verliebter, sondern ein Inkonsistent, der kein Kämpfer, sondern ein Taktiker ist, widersprechen. Lloyd George hat seit dem November 1918, seit dem Augenblick, in dem es galt Konstruktiv zu sein, niemals einen wirklichen konstruktiven Gedanken wirklich verwirklicht, sondern er hat nur immer das getan, was mit Rücksicht auf die Stimmung seines Landes und auf die Absichten anderer Mächte innerhalb eines gewissen gesunden Menschenverstandes praktisch möglich war. Ueberdies hat sich, je länger die Entwicklung dauerte, um so deutlicher eine scharfe Behinderung jedes allzu bestimmten Vorgehens Groß-Britanniens dadurch erwiesen, daß Frankreich die einzige übermächtige Weltmacht Europas geworden ist, und daß die Verhältnis-Verhältnisse heute so liegen, daß eine Landung der französischen Armee in England auf dem Wege Calais-Dover keine militärische Unmöglichkeit mehr darstellt. Der Koloss England schiebt sich dem relativ kleinen Frankreich absolut nicht mehr überlegen, der Koloss England hat Macht vor dem nervösen Gegenüber in Paris, und vieles, was Groß-Britannien mit allen möglichen Rechtfertigungen tut oder unterläßt, kommt nicht aus Überzeugung und nicht aus Politik, sondern ganz einfach aus der Furcht, Frankreich zu verrücken Abenteuer zu treiben. Es ist diese Einstellung, mit der Lloyd George auch nach Genua geht, es ist diese Einstellung, die schon aus jedem Zuge seiner Rede zutage trat. So wenn er die Revisionsbedürftigkeit des Friedens in Frage stellt, wenn er die Reparationen ziemlich leichtfertig behandelte oder wenn er als Quelle der wirtschaftlichen Weltnot die Zerstörung Frankreichs und Belgiens bezeichnet. In all diesen Fragen hat Lloyd George schon ganz anders gesprochen, aber damals war in Frankreich noch Brand am Ruder, der der Stärke Frankreichs gegenüber England sich offenbar noch gar nicht bewußt war. Poincaré ist anders geartet, und je mehr er die französische Haltung mit Jernstücken steif macht, um so nachgiebiger und kampfunmutiger wird sein Gegenspieler Lloyd George.

Daß dies alles Lloyd George sehr angenehm sei, darf freilich bezweifelt werden, und das große Interesse Englands an Rußland, das auch aus dieser Rede wieder zutage trat, ist sicherlich nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern auch politischer. Rußland ist immerhin ein starker Staat, und die rote Armee ist ein Faktor in der Welt. Rußland kann vielleicht das kontinentale Gegengewicht Frankreichs werden, das Deutschland nicht mehr ist, und das ist es, was Lloyd George sich um Rußland so bemüht läßt. Wenn Genua nicht überhaupt nur eine pompöse Vorstellung ohne Resultate bleiben wird, wird es darum in der Hauptsache wohl nur zu Ergebnissen in Bezug auf Rußland führen. Die Genauer Konferenz ist, das zeigt gerade Lloyd George's Rede evident, eine Konferenz, in der Rußland, nicht Deutschland, im Vordergrund steht. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn sich das während der Verhandlungen noch ändern sollte.

### Englische Pressestimmen zur Rede Lloyd Georges.

„Westminster Gazette“ bedauert, daß Lloyd George mit Bezug auf Rußland es für notwendig gehalten habe, auf die Feindseligkeiten eines großen Teiles der konservativen Rücksicht zu nehmen. Europa könne nicht wieder auf die Beine kommen ohne Verletzung der bestehenden Verträge. Es gebe wenig Fragen in dem Programm von Genua, an die man sich heranmachen könne, ohne gegen die Genauer der bestehenden Verträge zu stoßen. Die Arbeit von Genua müsse, wenn sie Erfolg haben solle, in einem Geiste in Angriff genommen werden, der mit der Jagdbastigkeit, die der Premierminister gestern gezeigt habe, nichts zu tun habe. „Daily Herald“ bemerkt, Lloyd Georges Rede seien gebunden. Auf Befehl Poincarés und der englischen Konservativen habe er aus dem Programm von Genua die beiden wesentlichen Punkte, nämlich die Revision der deutschen Reparationen und eine angemessene Anerkennung der Sowjetregierung herausgehoben. „Daily Mail“ sagt, Lloyd George scheine alles auf die Möglichkeit des Handels mit Rußland zu setzen. Wenn man ihn recht verheißt, so solle Rußland mit Zustimmung Englands durch Deutschland ausgebeutet werden unter der Voraussetzung, daß England einen Teil der Beute erhalte. In der „Times“ heißt es, Lloyd George habe im Unterhause den allmählichen Prozeß erklärt, durch den er nach einer kurzen Probezeit hoffe, den Sowjetregierung eine volle diplomatische Anerkennung in England zuteil werden zu lassen. Die Souveränität der Beschreibung mache den Eindruck, daß die Frage vielleicht schon mit Lenin und seinen Vertretern geregelt worden sei.

### Französische Pressestimmen.

Zur vorgestrigen Rede Lloyd Georges schreibt „Le Rappel“: er habe nicht versucht, ein Harz und



Eingeliegender Programm vorzubringen, aber die Kritiken, die er zum Ausdruck gebracht habe, seien diejenigen, die man in Frankreich, wie außerhalb, von allen Demokraten verteidigt habe. Man müsse nur bedauern, daß diese Worte einer realistischen Weisheit, diese Aufforderung zu unerlässlicher Wiederaufbauung, niemals diejenigen seien, die der verantwortliche Leiter der französischen Regierung in seinem Koppel an die Welt gebracht. "Hagar" glaubt, daß nunmehr jeder Schatten eines Mißverständnisses beseitigt sei. Hinsichtlich der Fragen, die Deutschland betreffe, habe Lloyd George gesagt, daß die Konferenz von Genua nicht berechtigt sei, sie zu behandeln. Er habe das Reparationsprogramm sehr klar gestellt. Die Schäden seien vorhanden; irgend jemand müsse sie reparieren. Wäre das nicht Deutschland, so wäre es Frankreich. Gebe es etwas Gerechtes?

### Das englische Unterhaus über Genua.

Aus London wird gemeldet: Bei der Debatte über die Genueser Konferenz im Unterhaus erklärte der Arbeiterführer Snowden, die bisherigen Konferenzen seien nicht so sehr wegen des Friedens, sondern wegen der Friedensbedingungen abgehalten worden. Wenn die Genueser Konferenz nicht zahlreiche wichtige Stellen des Versailler Vertrages abdecke, so würde sie ebenso sehr schlagen wie die vielen vorhergehenden Konferenzen. Die bisher besetzte auswärtige Politik habe das Land an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Arbeiterschaft habe unmittelbar nach dem Kriege eine internationale Konferenz gefordert. Die Genueser Konferenz komme um drei Jahre zu spät. Sie sei umgeben von schädlichen Verwicklungen und Verpflichtungen. Es sei unverständlich, wie Lloyd George erwarten könne, daß viel Gutes aus der Konferenz hervorgehen werde, mit einem Programm, das so beschnitten worden sei. Lloyd George müsse sehr wohl, daß allen Schwierigkeiten der Friedensvertrag von Versailles zugrunde liege. Bevor Teile dieses Vertrages nicht wesentlich abgeändert seien, könne alles Gerede auf den Konferenzen Europa nicht wieder aufleben. Bevor nicht Frieden herrsche, auf Billigkeit gegründet, könne es kein wirtschaftliches Wiederaufleben, keine Wiederherstellung des Handels geben. Die Reparationen würden jetzt zu einem großen Teil aus den Taschen der Arbeiter bezahlt.

### Tschitscherin zur Rede Lloyd Georges.

Der Führer der russischen Delegation für Genua, Tschitscherin, äußerte im Laufe einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der "Bols. Sta." über den Eindruck, den die Ausführungen Lloyd Georges im Unterhaus auf ihn gemacht hätten. Er begrüßte es einleitend ganz besonders, daß Lloyd George an erster Stelle als wichtigste Aufgabe der Genueser Konferenz die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen gefordert habe. Die ganze Welt sei an der Herabsetzung der unentzerrlichen Rüstungen interessiert. Die unbedingt notwendige Voraussetzung zur Erreichung des Zieles der Konferenz sei die Befreiung der ewigen Gefahren, welche den Vereinigten Sowjetrepubliken von den Heereshorden der weißgardistischen Armeen drohe. Ein großer Schritt vorwärts sei bereits durch den Vertrag getan worden, der am 20. v. M. in Riga abgeschlossen wurde. Es sei zu hoffen, daß damit die endgültige Befreiung der Gefahren herbeigeführt werde. Durch den Vertrag werden die unterzeichnenden Staaten den Grundlag der Beschränkungen, den sie sich selber auferlegten, in Genua gegenüber allen anderen Staaten unterstützen. Ueberdies wurde von den vier Ländern vereinbart, daß an beiden Seiten der Grenzen zwischen Rußland und den Nachbarstaaten Jonen geschaffen würden, in die nur reguläre Truppen gelegt werden dürften. Irreguläre Banden sollten nicht mehr gebildet werden. Zur Frage der Anerkennung Sowjet-Rußlands erklärte Tschitscherin, daß vom rein praktischen handelsrechtlichen Standpunkte aus die offizielle Anerkennung sehr schwer zu vermeiden sei. Denn jedes wirtschaftliche Abkommen mit Sowjetrußland setze unbedingt voraus, daß beide Kontrahenten juristische Personen seien. Tschitscherin betont weiter, daß Rußland auf vollständige Gleichheit mit den anderen Mächten in Genua erscheinen werde. Für Sowjetrußland seien drei Grundzüge unantastbar: 1. die Souveränitätsrechte der russischen Regierung, 2. die wirtschaftliche Selbstständigkeit des russischen Landes, 3. die Aufrechterhaltung der Lebensfunktionen des wirtschaftlichen Organismus. Tschitscherin hob noch hervor, daß er die Idee des allgemeinen Friedens und des Wiederaufbauprogramms der Genueser Konferenz als ein großes persönliches Verdienst Lloyd Georges ansehe. Zum Schluß stellte er fest, daß die Delegation der Sowjetrepubliken unter keinen Umständen dulden werde, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Georgien und den übrigen Sowjetrepubliken in Genua zur Sprache komme.

Die russische Delegation für Genua mit Tschitscherin, Witwinow und Toffe an der Spitze hat gestern abend Berlin verlassen. Krassin ist nach London abgefahren, wo er Verhandlungen zu führen hat.

### Italien glaubt an einen Erfolg der Genueser Konferenz.

Der italienische Minister des Äußeren Schanzer erklärte in einer Unterredung mit dem römischen Berichtshatter des Reuterschen Büros, man könne von der Genueser Konferenz keine Wunder erwarten und auch nicht erwarten, daß alle großen internationalen Probleme, die noch immer die Welt bedrücken, gelöst werden. Andererseits würde es ein großer Fehler sein, mit Zweifel und Skeptizismus in die Zukunft zu blicken. Die Bedeutung der Konferenz gebe aus der Tatsache hervor, daß zum ersten Male seit dem Kriege wieder Sieger und Besiegte ohne Unterschied zusammenzutreffen, um gemeinsam die Interessen Europas zu erörtern. Die Tatsache, daß Deutschland und Rußland an den Beratungen teilnehmen werden, sei an und für sich schon von Bedeutung. Die erste Erörterung in Genua würde die verschiedenen Standpunkte zu Tage fördern und Grundlagen für günstige Ergebnisse legen, die dem Wirtschaftsleben Europas neue Antriebe geben würden. Die Genueser Konferenz werde Europa auf den Weg des Wiederaufbaus bringen und wenn sie vielleicht auch nicht in der Lage sein werde, alle Probleme vollkommen zu lösen, so werde sie doch wenigstens die ganze Lage Europas klären. Der Erfolg der Konferenz wird abhängen von der Klugheit und Mäßigkeit aller Teilnehmer. Italien gebe auf die Konferenz mit dem vollen und sicheren Glauben an einen Erfolg.

### Die Lage am Vorabend von Genua.

Der Pariser Berichtshatter der "Welt" schreibt, man habe gehofft, daß das Reparationsproblem beseitigt werde, mindestens bis nach Schluß der Genueser Konferenz. Als die Reparationskommission die letzte Note gelangt habe, habe man nicht geglaubt, daß Deutschland eine solche Summe zahlen könne. Man habe jedoch geglaubt, daß eine neue Krise mehrere Monate hinausgeschoben werden würde. Zur Enttäuschung derer, die es gehört hätten, habe aber Deutschland, statt den Forderungen der Reparationskommission zum Schein zuzustimmen, rundweg erklärt, daß die Forderungen unerfüllbar seien. Es sei eine Tatsache,

daß, trotzdem die britischen Delegierten sich den unerbittlichen Vorwürfen zum großen Teil widersetzt hätten, sie doch schließlich die Forderungen unterzeichneten. Diese neuen Forderungen hätten den Fehler eines Kompromisses. Die Lage am Vorabend von Genua sei also die: Die Allierten haben Forderungen aufgestellt, die sie sich teilweise erzwungen müßten, obwohl einige Alliierten davon ihre Vertreter in der Reparationskommission nicht glaubten, daß die Forderungen erfüllbar seien. Statt vorzugeben, daß es den Forderungen zustimme, widerlegte sich Deutschland offen den Alliierten. Dadurch werde es unmöglich, die Krise hinauszuschieben und das Reparationsproblem bei der internationalen Versammlung auszuschalten, bei der die Alliierten mit Deutschland an einem Tische sitzen würden.

### Tardieu gegen Poinecaré.

Aus Paris wird gemeldet: In seiner Rede in der Kammer warf Tardieu am Montag dem letzten Ministerpräsidenten vor, daß er den Versuch mache, eine Verbindung mit der Politik der vorausgegangenen Regierungen herzustellen. Es handle sich jetzt nicht mehr darum, nach denen zu suchen, die für die Fehler von 1920 und 1921 verantwortlich seien. Er stelle die beiden Fragen: 1. Hat ein Mißverständnis über die Absmachungen von Cannes vorgelegen? 2. Hat die Regierung ihre frühere Ansicht über diese Absmachungen geändert? Tardieu erinnerte daran, daß der Versailler Vertrag auch die Unterschrift Poinecarés trage. Der Vorkrieg von 1920 und 1921 aber sei man sehr laut. Er behaupte, daß die Verhandlungen dieser beiden Regierungen zu einer Verkürzung der französischen Forderung an Deutschland um 40 Prozent geführt hätten. Das habe Poinecaré selbst geschrieben und gesagt. Jetzt, wo die Konferenz von Genua bevorstehe, sei es Zeit, die Politik aufzugeben, die in diesen zwei Jahren befolgt worden sei. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas könne nicht von dem Wiederaufbau Frankreichs getrennt werden.

Poinecaré antwortete, in seinem Memorandum habe er erklärt, mit dem Augenblick, wo Frankreich nach Genua gehe, würde es loyal an einem Werke mitarbeiten, das zwar nicht ohne Gefahr, aber auch nicht ohne Größe sei. Die Politik von Genua sei mit dem Anspruch Frankreichs auf Reparationen und mit dem Respekt vor den Verträgen vereinbar. Anders gehe er nicht nach Genua. Erste Bedingung für die Wiederaufbau Europas sei die Wiederherstellung Frankreichs. Weichen Versäße könne man machen zwischen Deutschland und Frankreich, das überfallen und verwundet worden sei? Wenn Frankreich Rechte respektiert würden, würde es von ganzem Herzen an dem Wiederaufbau Europas mitarbeiten.

Aus Paris wird gemeldet: Der sozialistische Abgeordnete von Blum spricht sich über den am Montag von Poinecaré in der Kammer hervorgebrachten Zwischenfall anlässlich der Debatte über die Stärke der deutschen Polizeitruppen im "Populaire" wie folgt aus: Wenn wir Sozialisten im Parlament die achtmonatige Dienstzeit vorschlagen, was antwortet man uns? Man führt Deutschland an, daß über die Reichswehr hinaus eine beträchtliche bewaffnete Polizeitruppe unterhalte, die den Charakter eines neuen Heeres angenommen habe, und diese Polizeitruppe solle Frankreich verdrängen, abzurufen. Es sei klarer als gewöhnlich, daß Deutschland sich bewaffnen gemacht habe. Man läßt also Deutschland sich bewaffnen und sagt uns: Während Deutschland bewaffnet ist und eine Effektive unterhält, die die Alliierten übersteigt, die der Vertrag zuläßt, wie kann man da Frankreich entwaffnen? Blum nennt das eine Komödie und fordert: Entwaffnen wir Deutschland, entwaffnen wir uns selbst, entwaffnen wir Europa!

### Zugung der Eisenbahner-Reichsgewerkschaft.

Dienstag morgen hat in Berlin die außerordentliche Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter begonnen, um eine Entscheidung über die fernere Politik der Gewerkschaft herbeizuführen. Zur Hauptversammlung sind etwa 300 Vertreter der Eisenbahnbeamten aus dem Reich und Vertreter des deutschen Beamtenbundes erschienen. Vor Beginn der Sitzung wurde die Entschickung der Sachgewerkschaft technischer Eisenbahnbeamten lebhaft besprochen, welche die Ablehnung des ersten Vorschlages der Reichsgewerkschaft Meene und des Führers der Lokomotivführergewerkschaft, Schwarzwald, verlangt. Da Meene, der die Versammlung leitete und das Hauptreferat halten sollte, nicht erschienen, erklärte der zweite Vorschlag, Thiemer, Meene sei Montag plötzlich erkrankt, was mit lebhaften Applaus aufgenommen wurde. Es wurde eine Abordnung in die Wohnung Meenes entsandt, um diesen zu veranlassen, wenn irgend möglich zu kommen.

Wenn er nicht kommen könne, so solle er insofern krankheitlich nicht verhandeln könne. An seiner Stelle hielt der Vorsitzende der Lokomotivführergewerkschaft, Schwarzwald, das Referat über Ursachen, Wirkung und Folgen des Streiks. Als der frühere Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, der Abg. Schmidt, erklärte, der Streik, der so unglücklich ausgefallen sei, sei von dem neuen Vorsitzenden mit allen Mitteln erzwungen worden, erhob sich bei diesen Worten ein so ungeheurer Tumult, daß der Vorsitzende die Sitzung unterbrach.

### Reichstagung des Deutschen Beamtenbundes.

Heute beginnt in Berlin die dritte Reichstagung des Deutschen Beamtenbundes. Es liegt ein Antrag vor, den Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter Meene zum zweiten Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes zu wählen. Ferner will der Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten einen Antrag einbringen, wonach der Deutsche Beamtenbund sich zu einem freigewerkschaftlichen Programm bekennen soll.

### Eine sozialistische Konferenz in Berlin.

In der gestrigen Vollversammlung der Konferenz der Exekutiven der drei Internationalen hielt für die 2. Internationale der Engländer Macdonald eine längere Rede, die mit folgender Erklärung schloß: Wir erklären uns einverstanden mit dem Grundgedanke einer allgemeinen Konferenz mit beschränkter Zielsetzung unter den von der Wiener Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagenen Bedingungen. Aber wir erklären, daß die 3. Internationale sich vor dieser Konferenz mit folgenden Bedingungen einverstanden erklären muß: 1. Verzicht auf die Taktik der Bekehrung. 2. Einsetzung eines Ausschusses aus Vertretern der drei Exekutiven zur Unterlegung der Lage in Georgien. 3. Befreiung der politischen Gefangenen und Führung der Prozesse gegen Personen, denen politische Verbrechen zur Last gelegt werden, vor einem Gerichtshof unter Wahrung des Verteidigungsrechtes und unter Kontrolle des internationalen Sozialismus. Nach Macdonald ergriff der Italiener Cerrati das Wort. Er führte aus, die Ausgaben der gegenwärtigen Sozialistenkonferenz seien nicht gegenseitige Vorwürfe oder gegenseitiges Nichtertum, sondern praktische Arbeit. Cerrati bedauerte, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit den Forderungen der Konferenz nicht übereinstimme, daß man der Sowjetregierung Bedingungen stelle. Man müsse sich vor Uebertreibungen hüten. Denn bereits vor einem Monat habe man eine Konferenz gefordert, da die Sozialrevolutionäre

zum Tode verurteilt wurden. Sie leben aber heute noch. Wenn man das Selbstbestimmungsrecht verlange, so müsse man es für alle Staaten fordern für Belgien, Armenien, für Oberösterreich und für Schlesien, aber auch für Mexiko und Kongo. Auf der allgemeinen Konferenz müsse vor allen Dingen über die vorhandene Kriegslage und über die bestehenden Friedensverträge beraten werden. Macdonald erklärte, es sei erforderlich, auf der Konferenz auch den Versailler Friedensvertrag zu besprechen, der die letzte Wirtschaft bedinnet. Zur Frage Georgiens warf er Macdonald vor, daß er der Vertreter der englischen Labour party sei, die nur für die Autonomie Indiens und Hauptens gekämpft habe, aber nicht für die Selbstständigkeit dieser Länder. Macdonald sei für Freiheit wie er sie meine, und darum sei die Labour party der Beförderer des englischen Imperialismus. England interessiere sich für die kleinen Länder nur dann, wenn es sie noch nicht getroffen habe. Aber auch der georgianische Vertreter Heretell habe kein Recht, das Selbstbestimmungsrecht Georgiens zu fordern. Denn im Juli 1917 habe er als Minister ein Großrußland gefordert und öffentlich geäußert. Die georgianische Regierung habe zuerst die deutschen Truppen ins Land gerufen und dann nachher die englische Okkupation unter General Thomson herbeigeführt. Nachdem noch Macdonald auf Schärfe betont hatte, daß die 3. Internationale keinerlei Bedingungen akzeptieren würde, stimmte er dem Vorschlag Bauer-Wien auf eine Demonstration des gesamten internationalen Proletariats gegen die Genueser Konferenz und den Versuch neuer Ausplünderungen zu.

### Värmigen im preußischen Landtag.

Bei der Besprechung der bekannten Vorgänge in der Reichswehrkassenanstalt kam es im preußischen Landtag zwischen der äußersten Linken und Rechten zu hitzigen Värmigen. Der Sozialist Cohn äußerte, die bekanntesten Schüler der Reichswehrkassenanstalt, Gindenburg und Lubendorf, hätten in ihren Schriften das Gegenteil von Vorkriegsmilitarismus behauptet. Sie hätten Freiheit gemessen. Dem Vorschlag der äußersten Linken folgten von den Bänken der Deutschen nationalen laute Rufe "Jüdische Freiheit". Mehrere unabhängige und kommunistische Abgeordnete stürzten auf die deutschen nationalen Sozialisten zu. Der Unabhängige Meyer wurde von seinen Freunden vor Tätlichkeiten zurückgehalten. Von Rechts und Links fielen Schmähsprüche. Der Abgeordnete Schulz-Neußell warf das Protokoll nach den deutschen nationalen Gebern. Schließlich gelang es dem Präsidenten Veinert, die Ruhe wieder herzustellen.

### Ein Attentat in Budapest.

Die Wiener Blätter melden aus Budapest: Im Stadtteil Elisabethstadt wurde Montag abend ein Essen veranstaltet, zu dem auch mehrere Politiker geladen waren. Plötzlich erfolgte neben dem Heizapparat eine Explosion, welche eine Mauer zum Einsturz brachte und einige Fenster zertrümmerte. Drei Personen wurden getötet und zwei und zwanzig schwer verletzt. Man glaubt, daß neben dem Essen eine Bombe eingeschleust worden war. Der Minister des Innern begab sich an den Tatort, um die Erhebungen einzuleiten.

Sie aus einer weiteren Meldung hervorgeht, war das Essen von den demokratischen Politikern Rastan und Ruwert veranstaltet. Die Zahl der Todesopfer hat sich auf 7 erhöht.

Die Wiener Blätter melden aus Budapest, daß vorgelegte Bombenentlastung im Elisabethstädter-Klub habe bisher 8 Todesopfer gefordert, darunter den früheren Abg. Polgar. Im ganzen wurden über 40 Personen verwundet. Die Polizei nahm in der Nacht fünf junge Leute unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Attentat fest.

### Bermittlung.

Im Schneekrum angekommen. Aus Breslau wird gemeldet: Den außerordentlichen Schneefällen im Glatzer Gebirge ist der Pfarrer Böhm aus Palsendorf bei Bad Reinerz zum Opfer gefallen. Er kam mit dem Juge in Reinerz an und begab sich trotz des Schneesturms zu Fuß auf den Heimweg zu seiner Pfarre. Er kam aber in Palsendorf nicht an. Jetzt wurde er eine Viertelstunde vom Pfarrhof entfernt unter den Schneemassen tot aufgefunden.

Zu dem Grubenbrande auf dem Kassel-Lengoschacht in Buxtehude wird noch gemeldet: Durch sofortiges Abdämmen der Brandstelle ist es gelungen, einen größeren Brand zu verhindern. In den fünf abgeschlossenen Bergteilen vorzubringen, wird wohl erst in zwei bis drei Tagen möglich sein.

Ein fünfzehnjähriger als Mörder. Grauerregende Einzelheiten über die Verrohung unserer Jugend ergibt die in Danzig geführte Voruntersuchung gegen den erst 15jährigen Mörder Artur Lenzer und dessen Opfer, den 14jährigen Kaufmann Paul Horn, der Ende voriger Woche auf einem Bodenraum im Hause Tzornischer Weg 18 als Leiche aufgefunden wurde. Lenzer hatte, wie dem "Welt-Tageblatt" aus Danzig berichtet wird, dem Ermordeten ein Paar Schlittschuhe zum Kauf angeboten und Horn zeigte ihm auf seine Frage nach Geld eine Hand voll Banknoten. Der Blick des Geldes regte nun Lenzer dermaßen, daß er Horn zu sich nach Hause nahm und ihn auf den Boden führte, wo die Schlittschuhe lagen. Als sich der kleine Horn über sie beugte, nahm Lenzer eine Axt und erschlug ihn. Nachdem Horn tot war, nahm er ihm das Geld ab und ging in ein Atmo. Ein paar Tage später verschleppte der Mörder aus Furcht vor Entdeckung die Leiche auf den Boden eines Nachbarhauses. Zunächst wurden seine Pflügelkisten verhaftet, und es ist bezeichnend für die Gemütskrankheit und Kalbligkeit des jungen Mörders, daß er seine Eltern selbst in Verdacht zu bringen suchte und auch in Gegenwart der Leiche zunächst völlig verblödet blieb. Erst nach und nach gab er die Einzelheiten der grausigen Tat zu, nachdem ihm wohl klar geworden war, daß er wegen Wortes überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen werden kann.

Das Banditenwesen in Oberösterreich. Nach Niederösterreich, Kretsch, am Sonntag nachmittag eine Bande von sechs Personen auf einem Dreiradwagen, der vorn und hinten ein Maschinengewehr hatte. Die mit Revolvern und Gummikugeln bewaffnete Bande umstellte das Wirtshaus Bernhart, drang in das Lokal ein, mißhandelte den Wirt, seine Frau und zwei Söhne und einen Gast und raubte alles, was sie an Geld, Waren und sonstigen Gegenständen vorfand. Die Gemeindevache war machtlos.

Zusammenbruch einer Gesellschaft für Wohnungsbeschaffung. Nach einer Berliner Korrespondenz ist die Berliner Gesellschaft Bodeco, Wohnungsbeschaffungskompagnie, zusammengebrochen. Die Gesellschaft beschäftigte sich zunächst mit der Vermittlung von Tauwohnungen und dergleichen meistens auf dem Papier und dehnte dann laut Prospekt ihren Geschäftsbetrieb auch auf den An- und Verkauf von Geschäften und kaufmännischen Unternehmungen jeder Art aus. Schließlich war aus der Bodeco auch die Aktiengesellschaft für Bergbau und Industrie hervorgegangen. Durch verlockende Anpreisungen, die große Gewinne in Aussicht stellten, wurden im ganzen Reihe Aktionäre und Angehörige geführt. Auf mehrere Anzeigen von Betrügnern und Angehörigen, die sich betrogen fühlten, verhaftete die Polizei 4 in Berlin ansässige Unterdirektoren des Unternehmens. Der eigentliche Gründer des sogenannten Generaldirektor Hermann Rastern, ist verhaftet.